

## **9 Dringliche Anträge**

### **9.1 Novelle Bildungsinvestitionsgesetz – Massiver finanzieller Ausfall bei Nichtbeschluss für die Gemeinden zu erwarten - Petition (GR<sup>in</sup> Hopper, ÖVP)**

#### **Hopper:**

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle auf der Galerie, die zuhören. Es geht in meinem dringlichen Antrag um die Novelle zum Bildungsinvestitionsgesetz. Die meisten werden wissen, dass 2017 bereits unter Bundesministerin Sonja Hammerschmid das Bildungsinvestitionsgesetz überarbeitet wurde. Teile davon sind jetzt schon in Kraft getreten. Ein wesentlicher Teil, um den es auch hier in diesem Antrag geht, würde erste Anfang Schuljahr 2019/2020 eigentlich in Kraft treten. Das ist dahingehend für uns gerade als Kommune und als Stadt relevant, weil es enorme Auswirkungen auf unser Angebot, unser ganztagschulisches Angebot in der Stadt haben würde. Nicht nur qualitativ, sondern auch finanzieller Natur. Die Förderung von bestehenden Gruppen ist nämlich in dem Antrag bzw. in dem Bildungsinvestitionsgesetz nicht mehr vorgesehen und es hat auch der ehemalige Bildungsminister Heinz Faßmann schon erkannt und auch die Novelle dafür schon vorgelegt und vorstellen können. In dieser Novelle werden auch weiterhin die Förderung von bestehenden Gruppen vorgesehen und würde dahingehend auch ermöglichen, dass wir als Kommune und als Stadt nicht enorm viel Geld für die Beibehaltung dieser Gruppen auch in die Hand nehmen müssen und gleichzeitig hat es auch den Effekt, dass Eltern natürlich nicht höhere Beiträge vielleicht für die Beaufsichtigung und Betreuung ihrer Kinder in die Hand nehmen müssten. Deswegen ist auch der erste Forderungspunkt in diesem dringlichen Antrag jener, dass die jetzige Situation in der Bundesregierung nicht dazu beitragen soll, dass Dinge ins Stocken geraten und wir sind fest davon überzeugt, dass diese Novelle möglichst schnell auch abgestimmt werden sollte, um besagtes Szenario von vornherein nicht stattfinden zu lassen. Der zweite Teil dieses Antrages widmet sich einem weiteren Punkt, den wir als sehr, sehr relevant erachten. Es geht darum, dass im § 4 von dieser Novelle auch ein kleiner Punkt abgeändert werden soll. In der Vergangenheit war es so, dass

verschiedene Fördermöglichkeiten auch bestanden sind für erweiterte Angebote. Sei das jetzt Talentförderung, Sportförderung, Förderung in Fremdsprachen, musischer Natur und diese Förderungen würden jetzt in dieser neuen Novelle per se nicht mehr mitgefördert werden, wo wir aber der Überzeugung sind, dass wir nicht nur die darin enthaltenen sonderpädagogischen Förderungen weiterhin in den Schulen und in diesen Ganztagesangeboten drinnen haben sollten, sondern auch das weitere Angebot wichtig ist, weil man eben nicht nur eingreifen sollte, wenn irgendetwas nicht funktioniert, sondern tatsächlich auch, wenn Talente da sind und wenn Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern da sind, die auch möglichst gut unterstützen soll. Um eben auch dieses weitere Angebot weiter garantieren zu können, ist der zweite Antragspunkt in diesem dringlichen Antrag, dass die vorliegende Novelle dahingehend auch abgeändert wird, dass die Schwerpunktsetzung, also das Zusatzpersonal, nicht mehr nur für sonderpädagogischen Förderbedarf auch eingesetzt werden darf, sondern auch für Talentförderung, wie es im Antragstext und im Motivenbericht auch beschrieben ist. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man hier auch einen Schulerschluss zeigt nach draußen und sagt, dass wir unser qualitativ hochwertiges Angebot in Graz nicht mindern wollen und da auch die Bundesregierung via Petition auch dazu auffordern und bzw. den Nationalrat, diese Novelle möglichst rasch zu beschließen, damit zum Anfang des nächsten Schuljahres sich nicht Eltern darüber Gedanken machen müssen, ob sie dieses Angebot für ihre Kinder weiterhin wahrnehmen können oder nicht. Wir bitten um Zustimmung.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Im Jahr 2017 wurde das Bildungsinvestitionsgesetz von Bundeministerin Sonja Hammerschmid erarbeitet und im Nationalrat beschlossen. Dieses Gesetz ist derzeit teilweise in Kraft. Die Regelungen für die Nachmittagsbetreuung würde mit Beginn des Schuljahres 2019/20 schlagend werden.*

*Ideologisches Ziel des Gesetzes war es, den Fokus auf den weiteren Ausbau der ganztägigen Schulformen zu legen. Aus diesem Grund wurden die vorhandenen Mittel*

*ausschließlich dafür vorgesehen - während die Förderung von bestehenden Gruppen nicht mehr umfasst war. Für Kommunen, die bereits über ein großes Bestandsangebot verfügen, kommt das einer finanziellen Katastrophe gleich. Schon damals haben die Stadt Graz und andere Kommunen und Interessenvertretungen darauf hingewiesen, dass das Bildungsinvestitionsgesetz in der vorliegenden Form eine massive Gefährdung des Angebots in der ganztägigen Schulform bedeuten würde. Für die Stadt Graz würde durch diese Regelung zum Beispiel ein finanzieller Entgang von 2,6 Mio. Euro entstehen. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Angebots wäre nicht oder nur unter massiver Bezuschussung durch die Stadt und starke Erhöhung der Elternbeiträge möglich.*

*Diesem Umstand Rechnung tragend hat der ehemalige Bildungsminister Heinz Faßmann eine Novelle des Bildungsinvestitionsgesetzes ausgearbeitet und Anfang des Jahres präsentiert. Diese Novelle würde eine erhebliche Verbesserung der finanziellen Situation bringen und die weitere Förderung von bestehenden Gruppen ermöglichen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse ist es allerdings nicht sicher, ob diese Novelle noch den Nationalrat passieren wird. Ein Nichtbeschluss wäre für die Kommunen in Österreich fatal. Damit würde die ursprüngliche Hammerschmid-Regelung in Kraft treten, die massive Mehrkosten für die Gemeinden sowie schwere Beeinträchtigungen für die weitere Bereitstellung der Nachmittagsbetreuung an den Schulen mit sich bringt.*

*Gleichzeitig soll die Novelle in einem Punkt abgeändert werden. In § 4 (2) leg. cit. ist festgehalten, dass es für Gruppen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Verdoppelung der Personalmittel geben kann. Die Festlegung auf sonderpädagogischen Förderbedarf wurde hier neu geschaffen und schränkt die bisherigen Fördermöglichkeiten sehr stark ein. So war es bis dato auch möglich, inhaltliche Schwerpunkte in dieser Zusatzbetreuung zu fördern (Talentförderung, Sportförderung, Fremdsprachenförderung, musische Begabungen, etc.). Die schulische Tagesbetreuung der Stadt Graz hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das österreichische Schulsystem steckt sehr viele Mittel in den Ausgleich von Defiziten. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn weiterhin die Möglichkeit besteht, auch die*

*Talente der Kinder zu fördern und so die Attraktivität der ganztägigen Schulformen zu erhöhen. Die ausschließliche Festlegung auf den sonderpädagogischen Förderbedarf soll daher entfallen.*

*Aus unserer Sicht ist es dringend erforderlich, dass es hier zu einem Schulerschluss aller Fraktionen kommt, um massive Benachteiligungen für die Stadt Graz zu verhindern.*

*Aus diesem Grund stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, die Novelle des Bildungsinvestitionsgesetzes so schnell wie möglich zu verabschieden, damit Klarheit insbesondere für die Kommunen und auch die Familien mit Betreuungspflichten über die weitere Förderung und den Fortbestand der ganztägigen Schulform vor dem Sommer gegeben ist.*
- 2. Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die vorliegende Novelle in § 4 dahingehend abzuändern, sodass auch weiterhin Zusatzpersonal für diverse inhaltliche Schwerpunktsetzungen gefördert werden kann und keine Einschränkung auf sonderpädagogischen Förderbedarf normiert wird.*

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**GR Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Antragstellerin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie.

Ja, das Problem ist richtig erkannt und auch schon benannt worden. Es ist auch seitens der Bildungslandesrätin Ursula Lackner schon einiges unternommen worden in Richtung Parlamentsklub seitens unserer Fraktion, hier eine Beschleunigung zu

erreichen, um diese in Begutachtung befindliche Novelle beschließen zu können. Ein wenig irritiert war ich schon insofern, weil der Bericht im heutigen Medium, also der Kleinen Zeitung, ein sehr objektiver und gut dargestellter Bericht war. Wenn ich mir den Motivenbericht durchlese, dann bin ich eben schon ein wenig irritiert, weil da schon relativ viel Wahlkampf-Geschwafel beinhaltet ist. Weil es wird immer mehr oder weniger auch von einem Hammerschmid-Gesetz gesprochen, also mit 44 bin ich glücklicherweise noch nicht ganz der Demenz verfallen, es war 2016 auch so, dass ihr natürlich auch beteiligt wart in der Regierung und federführend Mitverantwortung getragen habt's und hier eine Bildungsnovelle gemeinsam vereinbart wurde und verabschiedet wurde. Was stimmt ist, dass der Entwurf jetzt, der vorliegt, der von Faßmann eingebracht wurde, Verbesserungen bringt, aber diese Verbesserungen unserer Meinung nach noch nicht weitreichend genug sind, denn in einigen Bereichen und in einigen Punkten würden wir trotzdem Geld verlieren. Ich glaube, dass es deshalb wichtig ist, dass wir hier zu dem Zusatzantrag, den ich einbringen möchte seitens unserer Fraktion, das wir hier eine Ergänzung machen, eine Ergänzung im Hinblick darauf, dass wir eine 15-a-Vereinbarung mit dem Bund hier erreichen können, um diese Mittelkürzungen nicht erleben zu müssen. Da geht es wirklich tatsächlich um Personalbezuschungen von 9.000 Euro auf 1.650 Euro und viele Kürzungen mehr und das wollen wir nicht erleben und das bringt auch der Kommune nichts, das wird unser Bildungsstadtrat, so nehme ich an, auch so sehen. Daher wollen wir den Antrag, diesen Zusatzantrag einbringen. Ich darf den Text kurz verlesen: Nachdem der gegenwärtig vorliegende Entwurf zwar eine Besserstellung der Städte und Gemeinden beinhaltet, aber im Vergleich zur derzeit noch gültigen 15a-Vereinbarung immer noch eine finanzielle Verschlechterung für Städte und Gemeinden darstellt, wird der Bundesgesetzgeber ersucht, eine Novelle zu verabschieden, die eine Dotierung der ganztägigen Schulformen in vergleichbarer Höhe mit jener der 15a-Vereinbarung vorsieht. Wir ersuchen um Unterstützung und daher können wir dem Grundantrag auch zustimmen.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Ergänzung des Antragstextes im Punkt 1 wie folgt:*

*Nachdem der gegenwärtig vorliegende Entwurf zwar eine Besserstellung der Städte und Gemeinden beinhaltet, aber im Vergleich zur derzeit noch gültigen 15a-Vereinbarung immer noch eine finanzielle Verschlechterung für Städte und Gemeinden darstellt, wird der Bundesgesetzgeber ersucht, eine Novelle zu verabschieden, die eine Dotierung der ganztägigen Schulformen in vergleichbarer Höhe mit jener der 15a-Vereinbarung vorsieht.*

**Vorsitzwechsel – StR<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (16:20 Uhr).**

**StR Hohensinner:**

Weil ich auch diese Sache mitangestoßen habe, möchte ich mich zu Wort melden. Bundespolitisch mische ich mich dann ein, wenn wirklich etwas droht, gegen die Stadt entschieden zu werden bzw. in der kürzlichen Vergangenheit habe ich mich auch eingemischt, wie ein Kickl-Erlass ganz am Schluss seiner Tätigkeit vollzogen wurde und Gott sei Dank wurde der dann wieder zurückgenommen und in diesem Fall möchte ich auch meine Stimme erheben, weil jetzt die Übergangsregierung auch kommentiert wurde bzw. selbst auch von sich gesagt hat, man möchte keine Gesetze auf den Weg bringen bzw. größere Schritte machen. Das ist einerseits schon wichtig, um einen Ausverkauf zu verhindern. Wir erinnern uns zurück an Nationalratswahlauseinandersetzungen, wo kurz vor der Wahl, da ist es zugegangen im Nationalrat wie am Basar und so etwas will man verhindern einerseits. Das ist auch wichtig, andererseits darf die neue Übergangsregierung aber in keiner Schockstarre verharren und wichtige Novellen auf der Strecke lassen. Es ist ganz wichtig, dass diese Novelle jetzt eingebracht wird. Warum? Die Nachmittagsbetreuung hat sich österreichweit rasant entwickelt. Wenn ich jetzt zurückgehe ins Jahr 2008, da hatten

wir nur halb so viel Kinder in der Nachmittagsbetreuung. 10 Jahre später hat sich diese Zahl verdoppelt, wir haben nahezu eine 100%-Abdeckung in unseren Schulen, Gott sei Dank. Da haben wir sehr viel investiert und das Hammerschmid-Gesetz hat versucht, und das war, so glaube ich, wie soll ich sagen, nachvollziehbar, dass man die Finanzierung, die bis zu dem Zeitpunkt über 15-a-Vereinbarungen gelaufen ist, in ein Gesetz zu gießen. Aber man hat dann versucht, eben weiter den Ausbau mit Anreizen auszustatten, dass nur neue Gruppen gefördert werden und das ist natürlich in einer Stadt, wo wir ja volle Abdeckung haben, verheerend, was die Finanzierung betrifft. Das Hammerschmid-Gesetz hat gesagt, verschränkte Formen wären möglich, aber wir wissen, dass die Schulforen, das Schulforum immer entscheidet, welche Form dann umgesetzt werden soll und wir wissen, dass die Eltern sich auch sehr oft für die getrennte Abfolge entscheiden. Von dem her hat die letzte Regierung türkis-blau eine Novelle auf den Weg gebracht, ich freue mich, dass die SPÖ, wenn ich das so richtig verstanden habe, dass die Bildungslandesrätin diese Novelle jetzt auch unterstützen wird und in Wien im Klub dafür Stimmung macht, wird, falls diese Novelle von der neuen Bildungsministerin eingebracht wird, hier eine breite Zustimmung erfahren. Du hast es richtig beschrieben, es gibt zwei verschiedene Unterstützungsformen. Einerseits wird das Personal der Gruppen unterstützt, aber da haben wir den Schlüssel 1:25, darum sind wir als Stadt Graz sehr stolz, dass wir sehr viele Zusatzgruppen installiert haben. So ungefähr 100, die Anna hat das eh gut beschrieben, von Sprachförderung über Talentförderung, Sport etc. Wer mit Eltern redet, an deren Schulen so etwas umgesetzt wird, dann werden die Eltern das als eine extrem gute Qualität auch beschreiben. Das wäre ein extremer Rückschritt, sollte diese Novelle nicht kommen. Deswegen bin ich froh, dass der Gemeinderat heute hier ein Zeichen setzt, wir werden freilich dem Zusatzantrag vom Michi Ehmman auch zustimmen, weil auch wenn unser zweiter Punkt genau auf das abzielt, wenn man es mit einer 15-a-Vereinbarung dann noch einmal mehr absichert, warum nicht? Das ist mir wichtig. Sollte es trotzdem eine Verzögerung geben, werde ich mit den Elternvereinen auch den Schulerschluss suchen und werde dann auch den Weg nach Wien antreten, weil es ist wichtig, dass wir in den nächsten Wochen hier zur Novelle kommen, weil wir

auch das Personal in der Nachmittagsbetreuungs GmbH. planen müssen bzw. mit den Eltern schauen, wer möchte das machen, wenn die Novelle nicht kommt, müssten wir einerseits budgetär Vorsorge treffen, andererseits müssten wir uns überlegen, müssen wir die Elternbeiträge erhöhen? Das hätte verheerende Auswirkungen. Ich möchte, dass es gar nicht so weit kommt. Deswegen bin ich froh, dass wir heute hier eine Einstimmigkeit zusammenbringen und sag jetzt schon einmal danke.

***Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16:25 Uhr).***

**Hohensinner:**

Die Antragstellerin wünscht nicht noch einmal ein Abschlusswort, daher kommen wir zur Abstimmung.

***Der Inhalt des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag der SPÖ wurde einstimmig angenommen.***

## **9.2 Zukunft der GSV Wacker (GR Alic, KPÖ)**

**Alic:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe interessierte Gäste auf der Tribüne. Es geht um die GSV Wacker, die voraussichtlich am 30. Juni den Spielbetrieb einstellen wird müssen. Das hat mehrere Gründe, die nicht nur die GSV Wacker betrifft, sondern andere kleine Vereine, die ja

alle mehr oder weniger herumkrabbeln finanziell, Probleme haben, Nachwuchs zu finden und freiwillige Funktionäre, die Arbeiten übernehmen. Was allerdings die GSV Wacker alleine betrifft ist, dass sie die Heimstätte in ihrem Heimatbezirk verloren hat. In Jakomini, im Bereich der Schönausiedlung, nun das ist natürlich schon ein Alleinstellungsmerkmal, das man nicht unbedingt braucht. Man hat das ehrliche Ansinnen gehabt, dem entgegenzuwirken und der GSV den Postplatz zur Verfügung gestellt gegen Miete und da hat sich auch die Stadt bei den Kosten beteiligt, also man ist durchaus entgegengekommen, allerdings haben wir, ich weiß nicht, wann das war, in der Fragestunde habe ich schon einmal das Thema betreffend gesprochen und da haben wir davor gewarnt, dass das natürlich nicht das Gleiche ist, wenn du sieben Stationen mit der Bim fährst, um kicken zu gehen, wie wenn du einfach vor die Haustür gehst und dasselbe tust. Zudem hat die GSV natürlich auch einen hohen Wert, was Integration und Soziales betrifft, in der Schönausiedlung gehabt. Was sie jetzt nicht mehr so ausführen kann, weil sie einfach dort keine Heimstätte mehr hat. Das ist das eine. Es gehört unmittelbar zusammen der Bereich, wo man wirkt und wie man wirkt und das ist eben der GSV Wacker jetzt verwehrt dadurch, dass sie absiedeln musste. Es gäbe durchaus Plätze, die geeignet wären als Heimstätte für diesen Verein im Bezirk. Dahingehend würde ich meinen Antrag formulieren.

Ich würde dich, liebe Marion, bitten, deinen Antrag in einen Zusatzantrag umzuformulieren, weil sonst gehen wir nämlich am Kern der Problematik vorbei, nämlich an der Bereitstellung der Stadt Graz einer Heimstätte für Wacker. Das kommt in deinem Abänderer nicht mehr vor. Was nämlich schon vorkommt, nämlich im Punkt 1 steht, dass du, lieber Kurt, gesprächsbereit bist und auch die Mitarbeiter vom Sportamt. Ich denke, das ist sowieso im dienstlichen Auftrag von jedem Beamten, dass er gesprächsbereit ist und auch das politische Selbstverständnis einer Volkspartei sollte das auch sein. Es liest sich alles gut und es passt auch, aber ich denke, als Zusatzantrag tut es das auch. Der Fußballgipfel, perfekt, passt, kann man nur zustimmen, aber wie gesagt als Zusatz, weil sonst gehen wir am Kern des Problems, nämlich an der Absiedelung der GSV Wacker aus dem Heimatbezirk, vorbei. Jetzt stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Sportstadtrat Hohensinner und die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Rückkehr der Grazer Sportvereinigung Wacker in die Nähe der Schönausiedlung ermöglicht werden kann. Im Speziellen soll auch eine Unterbringung auf dem Areal der Kirchner-Kaserne untersucht werden.

Dem Ausschuss für Bildung, Integration und Sport ist bis spätestens September 2019 über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten. Ich bitte um Annahme.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*„Ba uns hot jeda a Leiberl“, so der Slogan der Grazer Sportvereinigung Wacker. Das dürfte leider mit 30. Juni Geschichte sein. Einem der ältesten noch existierenden Grazer Fußballvereine droht nun das endgültige Aus. Wie ist es aber dazu gekommen, dass dieser Traditionsverein zusperren muss? Durch den Bau der Ballsporthalle in der Hüttenbrennergasse hat die GSV Wacker mit dem Körnerplatz ihre Heimat verloren. Der Verein war in der Schönausiedlung tief verwurzelt. Der sozial und integrativ höchst wertvolle Beitrag, den die Wacker geleistet hat, war unbezahlbar für das Viertel. Bis zu 100 Jugendliche und Kinder aus der direkten Umgebung fanden im Verein ein herzliches Zuhause. Auch SK-Sturm-Bomber Mario Haas und Valentino Lazaro, Hertha BSC-Kicker mit GAK-Vergangenheit, haben ihren ersten Bällen bei der Wacker nachgejagt. Lange stellte man dem Verein eine neue Bleibe auf dem Gelände der Kirchnerkaserne in Ausblick. Die Hoffnung zerschlug sich dann endgültig mit der Gemeinderatssitzung am 19. Oktober 2017, als Herr Stadtrat Hohensinner kundtat, die Zukunft der Wacker am Postplatz zu sehen. Damit hat das traurige Schicksal seinen Lauf genommen. Unsere Warnungen blieben ungehört: Die Wacker braucht die Schönausiedlung. Die Schönausiedlung braucht die Wacker.*

*Die Kinder blieben mit der Umsiedelung aus. Kein Wunder, liegt doch der Postplatz mehr als 3,5 Kilometer (Radstrecke) von der alten Heimatstätte entfernt. Ein Teil der Kinder wurde zwar vom Grazer Sportklub aufgenommen - doch nicht alle, da auch die*

*Kapazitäten des GSC äußerst begrenzt sind. Auch die von Stadtrat Hohensinner angesprochene „Chance“ des Vereins, fußballbegeisterte Kinder und Jugendliche in dem naheliegenden Brauquartier zu finden, stellte sich als illusorisch heraus. Kein Wunder, denn in dem Siedlungskoloss, der hauptsächlich aus Wohnungen für Anleger, Singles und Pärchen besteht, finden sich kaum Kinder. Um die GSV Wacker noch zu retten, bleibt im Grunde nur eine Möglichkeit: Der Verein muss zurück zu seinen Wurzeln, sprich - in die Nähe der Schönausiedlung.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)*

*Sportstadtrat Hohensinner und die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Rückkehr der Grazer Sportvereinigung Wacker in die Nähe der Schönausiedlung ermöglicht werden kann. Im Speziellen soll auch eine Unterbringung auf dem Areal der Kirchner-Kaserne untersucht werden.*

*Dem Ausschuss für Bildung, Integration und Sport ist bis spätestens September 2019 über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten.*

**Hohensinner:**

Danke, Herr Gemeinderat, für dieses wichtige Sportanliegen. Ich habe gerade auch ein Signal erfahren, dass der Dominik Thiem jetzt im Halbfinale steht und den Matchball gerade verwandelt hat. Wer möchte zur Dringlichkeit sprechen?

**GR<sup>in</sup> Ribo:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, lieber Horst. Danke dir für deinen Antrag. Ich bin zwar nicht die Sportsprecherin, aber melde mich zu diesem Antrag

deshalb, weil ich eben einfach eine persönliche Bindung zum Schönauiertel habe. Ich habe dort über 10 Jahre lang gewohnt und kenne die Gegend sehr gut. Kenne die GSV Wacker sehr gut und kenne vor allem die Kinder, die dort kicken, sehr gut. Einige sind jetzt eh schon etwas größer, aber die anderen kenne ich auch. Es ist so und ich möchte auch den einen Punkt betonen, den du eh betont hast und zwar geht es um Integrationsarbeit, die eben dieser Verein dort leistet. Wir wissen, die Schönausiedlung, zum Teil sind dort Familien angesiedelt, die eben finanziell etwas schwächer gestellt sind bzw. auch sehr viele Familien mit Migrationshintergrund und für Kinder mit Migrationshintergrund ist Sport sehr wichtig. Vor allem in dem Punkt, dass man sagt, dadurch haben sie erstens ein Gefühl der Gemeinsamkeit, weil ich bin auch selbst jedes Wochenende am Fußballplatz mit meinem Sohn, dort spielt es wirklich keine Rolle, ob die Eltern die FPÖ oder die KPÖ oder die Grünen wählen, sondern es geht eben um dieses große Gemeinsame, um dieses Teamgefühl und das schätze ich eben sehr. Vor allem eben auch der Punkt, was würden die Kinder machen, wenn sie eben nicht diesen Sport ausüben würden und da erzähle ich vielleicht ein kleines Beispiel. Ich bin ja auch ein Flüchtlingskind gewesen und mein Bruder hat auch angefangen, Fußball zu spielen und damals war es so, die, die es irgendwie geschafft haben, beim Fußball zu bleiben und dort die Zeit zu investieren, haben doch einen besseren Weg gewählt als die, die dann einfach zu viel Freizeit gehabt hätten und eventuell im Volksgarten oder am Jako die Zeit verbracht haben. Ich weiß, das ist vielleicht jetzt einfach so oberflächlich, aber so ist es tatsächlich und deswegen glaube ich, dass wir als Stadt Graz schon alle die Verantwortung haben, in diesem Bereich an einem Strang ziehen sollten und da eben gemeinsam für den Verein zu kämpfen, dass er eben seine Heimatstätte wieder bekommt im Bezirks Jakomini, dort. Es ist einfach anders, wenn man einfach wirklich mit Bus und Bim dann irgendwo hinfahren muss, wenn die Eltern Vollzeit arbeiten und nicht die Zeit haben, die Kinder hin- und herzuhauffieren. Auch, lieber Kurt, ich weiß von dir auch, dass du da ganz viel Vorarbeit geleistet hast und ich weiß auch von einigen Herren von Wacker, dass sie dich immer als Partner sehen und gesehen haben und deswegen hoffe ich wirklich grundsätzlich auf eine positive Einigung in diesem Bereich, einfach der Kinder wegen.

Auch zu deinem Punkt Zusatzantrag. Wir würden auch den Zusatzantrag, wenn denn einer wird von der ÖVP, unterstützen, beim Abänderer würden wir dagegen stimmen, einfach deshalb, weil der Antrag vom Horst fasst eh das Wesentliche zusammen und dass man miteinander redet und einen Fußballgipfel auch noch dazu organisiert, ist klar und warum nicht. Danke.

**GR Kreiner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrte Zuhörer. Ich darf gleich vorwegnehmen, dass wir auch für eine Lösung für die GSV Wacker sind und da auch sicher uns weiterhin bemühen werden. Das Grazer Sportressort war und ist im laufenden Austausch mit der der GSV Wacker. Vor allem seit der Abwanderung 2016 wurde der Austausch intensiviert und laufend über die aktuelle Situation des Vereins gesprochen, sowie durch entsprechende Unterstützungsmaßnahmen begleitet. Die Problemstellungen des Vereins sind in den letzten Jahren dadurch verstärkt zum Vorschein gekommen, diese sind aber keineswegs spezielle Problemstellungen nur des GSV Wacker. Tatsächlich haben aufgrund der großen Breite an Sportvereinen und –angeboten mehrere Fußballvereine im Grazer Stadtgebiet mit rückläufigen Nachwuchszahlen zu kämpfen. Gleichzeitig sinkt aber auch die Bereitschaft der Eltern, ehrenamtlich Verantwortung und Funktionen in den Sportvereinen zu übernehmen, rapide ab. Dies sind nur zwei Problemlagen, die sowohl die GSV Wacker als auch viele andere Nachwuchsvereine betreffen.

Aus diesem Grund wird das Sportressort in den kommenden Wochen zu einem „Fußballgipfel“ im Grazer Rathaus einladen, wo mit Vertretern aller Vereine über die aktuelle Situation und die skizzierten Problemlagen gesprochen wird.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

**Abänderungsantrag:**

1. Sportstadtrat Kurt Hohensinner und das Grazer Sportamt stehen dem GSV Wacker auch weiterhin für Gespräche zur Verfügung, um an einer Fortführung des Vereins zu arbeiten und die sportliche Zukunft vor allem der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.
2. Der Grazer Gemeinderat unterstützt die Planungen von Stadtrat Kurt Hohensinner, in den kommenden Wochen einen „Fußballgipfel“ im Grazer Rathaus einzuberufen, bei dem mit Vertretern von allen Vereinen die aktuellen Problemlagen und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen diskutiert werden sollen.

Vielleicht möchte ich da noch hinzufügen, dass es ja natürlich bei dem Fußballgipfel dann die Möglichkeit gibt, eben auch dein Anliegen oder das Anliegen vom GSV Wacker zu diskutieren und da vielleicht dort eine Möglichkeit zu finden.

*Originaltext des Abänderungsantrages:*

*Das Grazer Sportressort war und ist im laufenden Austausch mit der GSV Wacker (Grazer Sportvereinigung Wacker). Vor allem seit der Abwanderung im Jahr 2016 wurde der Austausch intensiviert und laufend über die aktuelle Situation des Vereins gesprochen sowie entsprechende Unterstützungsmaßnahmen begleitet.*

*Die Problemstellungen des Vereins sind in den letzten Jahren dadurch verstärkt zum Vorschein gekommen, diese sind aber keineswegs spezielle Problemstellungen der GSV Wacker. Tatsächlich haben aufgrund der großen Breite an Sportvereinen und -angeboten mehrere Fußballvereine im Grazer Stadtgebiet mit rückläufigen Nachwuchszahlen zu kämpfen. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft der Eltern, ehrenamtlich Verantwortung und Funktionen in den Sportvereinen zu übernehmen rapide ab. Dies sind nur zwei Problemlagen, die sowohl die GSV Wacker als auch viele andere Nachwuchsvereine betreffen.*

*Aus diesem wird das Sportressort in den kommenden Wochen zu einem „Fußballgipfel“ im Grazer Rathaus einladen, wo mit Vertretern aller Vereine über die aktuelle Situation und die skizzierten Problemlagen gesprochen wird.*

*Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden*

**Abänderungsantrag:**

- 1. Sportstadtrat Kurt Hohensinner und das Grazer Sportamt stehen der GSV Wacker auch weiterhin für Gespräche zur Verfügung, um an einer Fortführung des Vereins zu arbeiten und die sportliche Zukunft vor allem der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.*
- 2. Der Grazer Gemeinderat unterstützt die Planungen von Stadtrat Kurt Hohensinner in den kommenden Wochen einen „Fußballgipfel“ im Grazer Rathaus einzuberufen, bei dem mit Vertretern von allen Vereinen die aktuellen Problemlagen und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen diskutiert werden sollen.*

GR Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller Horst. Vielen Dank für deinen Antrag, der besonders wichtig und dringend ist, weil ich erinnere mich noch relativ gut an die Zeit als Bezirksvorsteher, wo wir eigentlich mit der Tatsache eigentlich konfrontiert wurden, dass eine neue Ballsporthalle entstehen soll und zwar auf dem Theodor-Körner-Platz. Unsere erste Sorge damals war nicht der Verkehr, den diese Ballsporthalle noch anziehen wird, sondern was mit dem GSV Wacker passieren. Weil der GSV Wacker hat in Jakomini wirklich eine ganze wichtige Funktion eingenommen gemeinsam mit dem Grazer Sportklub, der ja dort noch besteht. Das war eben die soziale und Integrationsfunktion, wo die Kinder aus dem Schönauiertel zusammenkommen, um gemeinsam dort Sport zu betreiben. Also über alle Nationen hinweg. Weil das Schönauiertel so

auch gekennzeichnet ist. Lieber Kurt, jetzt schaue ich einmal in deine Richtung. Du hast damals das Versprechen auch abgegeben, du wirst dich sicherlich noch erinnern können, dass es für den GSV Wacker eine Zukunft geben wird im Schönau. Da haben wir auch noch über die Kirchnerkaserne diskutiert, wir haben über die Zukunft im Schönau diskutiert, du kannst dich ganz gut noch erinnern. Du hast das Versprechen abgegeben, dich voll dafür einzusetzen. Den Einsatz wirst du erbracht haben, das Versprechen, das er dort bleiben kann, ist leider damals nicht ...

*Zwischenruf unverständlich.*

**Muhr:**

Nein, es tut mir leid, wir haben damals ziemlich lange darüber diskutiert. Ich war damals sehr enttäuscht, das muss ich dir sagen, als der Wacker weggezogen ist und ich habe damals auch schon prophezeit, dass dieser Verein dort nicht überleben wird. Jetzt tut es mir natürlich sehr weh, dass wir da nicht noch vehementer noch in die Sache hineingegangen ist. Es wäre nämlich für Jakomini wirklich immens wichtig gewesen. Jetzt aber kurz zu dem Abänderungsantrag. Da möchte ich schon noch einige Sachen dazu sagen, der ja in Abstimmung mit dir von der Kollegin Kreiner eingebracht wird. Der Punkt 1 ist für mich, ja, da hat der Horst auch schon angeführt, kraft deiner Funktion bist du sicherlich auch verpflichtet, mit den Vereinen zu reden. Ich meine, das ist irgendwie, der Punkt 1 ist für mich, ich würde den GSV Wacker nicht verhöhnen, aber bitte, du müsstest immer als Sportstadtrat für diese Vereine ein offenes Ohr haben. Der Punkt 2 wäre für uns als Zusatzantrag natürlich eine super Sache, da könnten wir ohne weiteres mitgehen und ihr schreibt auch da drinnen, in dem Antrag, das auf Grund der vielen Vereine alle Vereine zu kämpfen hätten, weil sie keine Kinder haben. Wir haben im Jakomini die Situation, dass beim Grazer Sportklub, der kann sich nicht erwehren vor lauter Kinder, der muss sie sogar wegschicken. Es hat sich super aufgeteilt auf diese zwei Vereine. Beide Vereine haben leben können und das musst du

bitte auch auf deine Kappe heften, dass dort diese Situation jetzt so ist, wie sie ist. Ich hoffe, dass wir mit diesem Antrag, der im Grunde genau das, was ich damals als Bezirksvorsteher unterstrichen habe, der Horst bringt im Grunde genau das ganz gleiche noch einmal ein. Bitte, prüfe Möglichkeiten, ob Wacker wieder zurückgehen kann. Danke.

**GR. Mogel:**

Liebe Gäste, Frau Gemeinderat, Herr Vorsitzender. Auch wir haben uns im Bezirk Jakomini natürlich vehement damals für den Verbleib des GSV Wacker eingesetzt. Quer über alle im Bezirksrat vertretenen Fraktionen hinweg. Mit dir gemeinsam, Ewald, auch mit den Grünen, haben wir alle zusammengearbeitet, sind am Tisch gesessen, auch mit dem Klaus Strobl, mit dir und haben versucht, den GSV Wacker im Schönauviertel oder zumindest im Umfeld von Jakomini zu halten. Es ist uns leider nicht geglückt. Ich habe versucht, hier immer wieder noch Kontakt aufrecht zu erhalten, auch mit dem Obmann. Habe dann gesehen, dass es jetzt auf dem Postplatz nicht mehr gut geht. Ich fürchte, dass dein Antrag, so wie er jetzt heute da ist, wahrscheinlich nichts bringt. Ich werde das jetzt ganz kurz erläutern. Ich habe gestern beziehungsweise auf deinen Antrag noch ein Telefonat geführt mit dem Obmann vom GSV Wacker, um mir noch einmal ein Bild von ihm zeichnen zu lassen, wie es denn dem Verein jetzt tatsächlich geht. Ich fürchte, dass wir den Verein so in der Form einfach jetzt nur durch eine Übersiedlung an irgendeinen anderen Platz, auch wenn es näher zum Schönauviertel ist, in der Form nicht retten können. Er hat gesagt, er hat in Wahrheit fast keine Trainer mehr. Die Funktionäre arbeiten auch nicht mehr richtig mit, eben wenn nichts da ist und wenn fast keine Kinder mehr da sind, mit denen man spielen kann. Das heißt, er kann nicht einmal einen Spielbetrieb aufrechterhalten. Ich glaube, und das ist jetzt ein Angebot, das ich jetzt an euch stelle, ich glaube, dass wir jetzt gemeinsam, wir alle hier in Jakomini jetzt auch zusammenarbeiten, versuchen sollten, mit aktiver Hilfe, personeller Hilfe, zwei drei von jedem von uns, versuchen ein Konzept, einen Neustart mit dem GSV Wacker zu schaffen, die neu aufzustellen. Jetzt

auch von der Idee her und mit dem Willen, dass die auch weitermachen wollen und dann gehen wir zum Kurt und auch zum Runden Tisch und dann hoffe ich, dass wenn der GSV Wacker, wenn es ihm wieder gut geht und wenn es gut funktioniert, dass wir dann vielleicht auch wieder einen Platz näher an der Schönausiedlung bekommen, als er jetzt ist. Er gehört schon dorthin, das ist schon richtig. Vielleicht gelingt uns das dann. Deswegen werden wir einmal grundsätzlich dem Abänderungsantrag von der Frau Kollegin zustimmen.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (16.45 Uhr).***

**Hohensinner:**

Ich möchte meine Wortmeldung in zwei Bereiche gliedern. Einmal, was können wir allgemein für die Fußball-Vereine in Graz tun und zum anderen, was können wir konkret für den Verein Wacker machen? Es ist schon angesprochen worden, es geht einigen Fußballvereinen in Graz nicht gut. Einige anderen sind entstanden. Man kann nicht generell sagen, dass es allen schlecht geht. Aber es ist wichtig, dass wir genau hinsehen. Es hat aus meiner Sicht drei Gründe, warum es einigen schlecht geht. Es ist so, dass wir natürlich Ehrenamtliche brauchen, um so einen Verein zu betreiben. Es sind heutzutage leider nicht mehr so viele Eltern bereit, hier ein Ehrenamt zu übernehmen. Ein zweiter Punkt ist die Finanzierung. Früher hat, das wisst ihr alle, ein Buffet so einen Fußballverein getragen. Darüber hinaus wurden Trainer und andere Mitarbeiter einfach so angestellt. Man hat das nicht so genau genommen. Jetzt schaut die Finanz sehr genau hin, deswegen ist die Finanzierung auch ein wenig schwieriger geworden und das ist auch eigentlich positiv, aber für die Fußballvereine negativ in Graz. Wir haben ein sehr breites Angebot für junge Menschen, was sportliche

Aktivitäten anbelangt. Wir haben um die 300 Sportvereine in Graz. Über 100 Sportvereine, die Jugendförderung betreiben. Von dem her glaube ich, dass die Problematik hier angesiedelt ist und es ist schon angeklungen, dass ich gerne bereit bin, einen Fußballgipfel einzuberufen. Das habe ich auch schon vergangenen Sonntag, am Grazer Tag des Sport es angekündigt und das möchte ich heute an dieser Stelle noch einmal unterstreichen. Jetzt komme ich zum zweiten Bereich, wie können wir dem GSV Wacker eine Unterstützung anbieten? Mein Vorgänger Detlev Eiselsberg hat gemeinsam mit der Sportunion vor Jahren den Verein schon einmal gerettet, weil es dem Verein ganz schlecht gegangen ist wirtschaftlich und ja, durch den Bau der internationalen Dreifachsporthalle hat der Verein noch einmal eine größere Herausforderung bekommen. Aber wenn ich mich richtig zurückerinnere, haben wir in diesem Raum den Beschluss auch ziemlich einstimmig mitgetragen. In der Hüttenbrennergasse, im Sportpark Raiffeisen können wir im Jahr 250.000 Sportkontakte abwickeln und das sind jetzt nicht nur Ballsportarten, sondern das sind verschiedene Sportarten, wo auch vor allem Mädchen gefordert werden. Aber, und da gebe ich den Vorrednern Recht, wir haben damals gesagt, wir brauchen ein gutes Paket, das wir dem Verein bereitstellen, damit der Verein auch in Zukunft noch wirken kann. Hier haben wir noch einiges versprochen und ich kann von dieser Stelle sagen, wir haben Wort gehalten. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, wir haben gesagt, wir werden den Verein mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausstatten. Das haben wir gemacht. Wir haben gesagt, wir werden direkt neben der Dreifachsporthalle ein Feld errichten. Es ist sich leider baulich nicht ausgegangen, dass wir ein Normfeld errichten konnten, aber es ist ein Fußballfeld von 30 m x 45 m entstanden. Das heißt, man kann hier Jugendfußball betreiben. Leider war es so, dass der Herr Obmann Lechner dieses Angebot nicht in Anspruch genommen hat. Hier hätte man sehr wohl die Heimat gehabt für den Verein, für Meisterschaftsspiele der jüngeren Kinder, Trainings hätte man alle abhalten können und für die höheren Klassen hätte man dann eine Spielkooperation eingehen müssen. Wir haben eben gesagt, dass wir entweder mit GSC oder mit den Sportvereinen eine Kooperation anstreben. Wir haben dann, weil der GSC selbst sehr viele Kinder hat, das ist auch schon heute gefallen, haben wir

gesagt, der Postsportverein bietet sich ideal an, der hat damals noch eine Kampfmannschaft gehabt und die Ergänzung der Jugend vom GSV Wacker hat da wirklich optimal gepasst. Wir haben da wirklich finanziell hier noch einmal mehr unterstützt. Ein weiterer Punkt war die Kirchnerkaserne. Bei der Bürgerversammlung habe ich das auch in Aussicht gestellt, dass wir bei der Kirchnerkaserne den Sportplatz, den es gibt, für Sport sicherstellen. Auch für den Verein Wacker. Aber bitte, klar ist es auch, dass wir diesen Sportplatz nicht nur einem Verein dort bereitstellen können. Wir haben gesagt, Wacker kann dort spielen, aber es kommen ja hunderte Jugendliche, die einfach so ein wenig Fußball spielen wollen, aber nicht bei einem Verein Mitglied sein möchten und da wäre es einfach vermessen gewesen, wenn wir einem Verein einen Fußballplatz eingezäunt bereitstellen. Aber das habe ich auch nie so in Aussicht gestellt, das war auch immer für die Allgemeinheit vorgesehen. Das hat heute auch der Bezirksvorsteher Strobl in einem Telefonat bestätigt. Ein weiterer Punkt war die Kooperation mit Schulen. Das haben wir dem Herrn Lechner auch versprochen, dass wir im Raum Herrgottwiesgasse, wo der Postsportverein angesiedelt ist, schauen, dass wir zu neuen Kindern kommen. Wir haben das aufbereitet, leider ist es vom Verein halbherzig verfolgt worden. Wir hätten auch jetzt Kooperationsmöglichkeiten mit dem SV Justiz. Das ist ein Verein, der spielt jetzt am Verbandsplatz. Das heißt, GSV Wacker hat Mitglieder verloren, der Justiz-Verein hat 78 Jugendliche bekommen. Meine Bitte ist, gerade was Sport betrifft, wir dürfen jetzt nicht nur an Bezirksgrenzen denken. Das wäre zumutbar, dass Familien auch dorthin fahren. Dieser Verein wäre bereit, mit GSV Wacker eine Kooperation einzugehen. Das gleiche Angebot haben wir vom GAK bekommen. Der GAK, die hätten Interesse, hier auch eine Kooperation einzugehen, wenn wir diesen Platz neben der Hüttenbrennergasse, der kein Normspielfeld ist, aber trotzdem Fußball zulässt, wenn man dort mit den Kindern trainiert, könnte sich der GSV Wacker bei GAK anschließen. Da habe ich Gespräche geführt. Ebenso eben der Postsportverein, der mittlerweile leider keine Kampfmannschaft mehr hat. Das heißt, dort wäre der ganze Fußballplatz zur Verfügung. Ich habe mit dem Obmann Lechner Gespräche geführt, der war vor einigen Wochen bei mir im Büro. Da haben wir noch einmal ein Konzept ausgearbeitet, leider einige Tage später hat er nachher meiner

Mitarbeiterin am Telefon gesagt, er hat keine Lust mehr, gesundheitlich geht es ihm nicht mehr so gut, er wird das nicht mehr machen können. Was für mich ein wenig enttäuschend war, aber da liegt es jetzt nicht am Verein, sondern an den Personen. Umso glücklicher bin ich, dass, der Gemeinderat Mogel war es, rausgegangen ist und gemeint hat, wenn wir den Verein retten wollen, dann diskutieren wir hier nicht, welche Fraktion jetzt Schuld hat am Begräbnis des Vereins, sondern tun wir uns zusammen, wer ist bereit, ehrenamtlich anzupacken, parteienübergreifend und retten wir den Verein. Das ist für die Jugend ein herzliches Danke.

Das muss man der KPÖ auch vorwerfen, das mache ich jetzt konkret, dass ihr das immer sehr vereinfacht darstellt die Situation und aus meiner Warte geht es euch da jetzt nicht wirklich darum, dass man etwas für den Jugendsport beim Fußballverein sicherstellt. Wenn es euch darum gegangen wäre, dann hätte ich vom Herrn Gemeinderat Alic genauso eine Initiative erwartet, wie jetzt Gemeinderat Mogel in die Hand genommen hat. Einfach nicht sagen, wer ist schuld, sondern gemma voraus, nehmen wir das ehrenamtlich selbst in die Hand und das gibt es mit dem heutigen Tag und ich freue mich, dass der Abänderungsantrag eine breite Zustimmung bekommt. Dankeschön.

***Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.53 Uhr).***

**Alic:**

Vielen Dank. Ich bin lange genug verheiratet, dass ich gar kein Schlusswort mehr gewohnt bin. Durchaus nicht so enttäuscht bin, Kurt deine Erwartungen nicht erfüllt zu haben mit meinem Antrag. Es tut mir leid, ich habe jetzt nicht mitgeschrieben, denn ich kann nicht auf alles eingehen. Vielen Dank für die zahlreichen Wortmeldungen, das ist schwer ok. Bei dir, Ewald, habe ich mir gedacht, du hast keine Ahnung vom Fußball, das stimmt so gar nicht. Wie gesagt, es beschäftigt uns alle. Es tut mir leid, Kurt, dass du dauernd mit dem Kopf geschüttelt hast, ich habe schon gesagt, der Thiem ist hinten

beim Spielen oder bist du einfach nur vehement dagegen, dass die GSV zurückzieht nach Jakomini, denn das, so glaube ich, ist das eigentliche Problem...

*Zwischenruf StR. **Hohensinner**: Das stimmt nicht, es gibt einen Platz, der nicht in Anspruch genommen wird.*

**Alic:**

Nein, der ist zu klein. Man braucht ja mehr Fläche.

*Zwischenruf **Hohensinner**: Da kann man spielen.*

**Alic:**

Das Wort von einem Fachmann.

*Zwischenruf **Hohensinner**: Das wäre eine Heimat, die anderen Spiele trägt man dann auf einem anderen Platz, z.B. beim Postsportverband, aus.*

**Alic:**

Um eine Heimstätte zu schaffen, dazu bedarf es mehr als ein Fleckerl Wiese. Da braucht man wenigstens vier Kabinen, da braucht man eine Kantine, da braucht man einfach etwas wo man sich zuhause fühlt und wenn man in einem Bezirk verwurzelt ist, dann finde ich die Angebote durchwegs ehrenhaft und gut gemeint vom GAK, der in Weinzödl ist, von der Justiz, die in der Herrgottwiesgasse auch am anderen Murerer sind, nur wenige Straßenbahnstationen von der Post weg, und wo ich

dagegensprechen mag, ist, dass der Obmann vom GSV Wacker nur halbherzig verfolgt hat, Kinder zu rekrutieren in dem schönen Wohnblock, der sich Brauquartier nennt. Er hat dort nämlich sehr wohl Flyer verteilt und plakatiert. Rekrutieren konnte er einen Buben. Er hat es sicher nicht halbherzig verfolgt. Ich habe im Unterschied zu dir, lieber Berno, nicht telefoniert mit dem Obmann, sondern ich war unten beim Training, hab mit ihm etwas länger gesprochen und werde auch hier versuchen, etwas Zeit zu schinden. Er ist natürlich zusammengehaut durch die Situation, die ihn ereilt hat, aber er stellt jetzt einmal vorläufig den Spielbetrieb ein und ich bin mir sicher, wenn er eine Heimstätte in seiner Heimat hätte, dass dann auch wieder die Freiwilligkeit da wäre von den Leuten, Verantwortung zu übernehmen, denn daran ist es dort gescheitert.

*Zwischenruf **Hohensinner** unverständlich.*

**Alic:**

Entschuldige, Kurt, ich bin noch nicht fertig, wart ein wenig, reden wir nachher. Es hat schon etwas mit der Örtlichkeit zu tun und es war noch nie ein Problem, in der Schönausiedlung Freiwillige zu finden für irgendwelche Turniere oder für Festveranstaltungen, sondern ganz im Gegenteil, da hat man Leute gehabt. Natürlich ist alles überreglementiert und es ist ein wenig schwierig dann für die Vereine, das trifft aber alle gleich. Die Heimstätte hat GSV Wacker verloren und sonst keiner. Dafür sind wir verantwortlich und irgendwie sieht es jetzt so aus, als wollten wir uns aus der Verantwortung stehlen. Das ist ungut. Aber ich bin nicht hier, um irgendjemandem etwas vorzuwerfen, ganz im Gegenteil. Ich will, dass dort etwas weiter geschieht und dass der Verein zurückkommen kann in den Bereich der Schönausiedlung und dort wirken kann.

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) angenommen.***

**Hohensinner:**

Danke und wir werden uns alle einsetzen und ich möchte mich an dieser Stelle auch beim Herrn Lechner bedanken, nicht, dass das falsch verstanden wird. Der hat auch noch ein Rettungskonzept mit uns ausgearbeitet gehabt, aber hat dann eben gesagt, dass er es persönlich gesundheitlich nicht mehr schafft. Aber wenn wir uns zusammentun, können wir dem Verein wirklich eine Heimat auch im Bezirk geben. Aber die Meisterschaftsspiele müssen halt ein wenig außerhalb des Bezirkes ausgetragen werden. Aber das ist aus meiner Sicht zumutbar.

**9.3 Pachtgestaltung für urbanes Gärtnern  
(GR<sup>in</sup>. Dipl.-Museol. Braunersreuther, KPÖ)**

**Braunersreuther:**

Sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrte KollegInnen. Von der Wiese zur Wiese könnte man sagen, aber diesmal nicht zum Fußballspielen, sondern zum Gärtnern. Urbanes Gärtnern, das hört sich immer so ganz trendy und abgehoben an, aber das ist es absolut nicht. Es geht eigentlich darum, um gemeinsames Garteln im Verein, etwas zu schaffen, sich zu treffen, eine Freude daran zu haben. Vielleicht, sage ich einmal, selbst als Gartenvereinsmitglied auch einmal etwas zu ernten. Da kann man sich oft nicht so sicher sein, aber es geht vielmehr darum, dass dadurch der soziale Zusammenhalt von Gruppen gefördert wird. Aber natürlich, dass auch die Stadt verschönert wird und vor allen Dingen auch ganz wichtig, mehr begrünt und dadurch auch ökologisch verbessert wird. Deswegen hat eigentlich dieser Trend, der zum Glück einer ist, weil es gibt immer mehr solcher Gartenvereine, Aufschwung für die Stadt. Von der Stadt wird er deswegen auch durch das Umweltamt gefördert, weil erkannt wurde, es hat positive Auswirkungen auch für die Umwelt. Nur diese Förderbeträge, ich will jetzt gar nicht ankreiden, dass das zuwenig wäre, es kostet aber doch gerade bei diesen Flächen, das weiß ich aus eigener Erfahrung, die meistens eher vorher nicht so gut in Schuss waren,

oder wo halt einfach kein guter Humus da ist, um etwas zu pflanzen, braucht man einfach wirklich Geld für grundlegende Dinge. Um Beete zu bauen, um Saatgut zu kaufen, Erde aufzuschütten usw. Deswegen ist es ein wenig schade, dass viele, ein großer Teil der Fördergelder, bei vielen dieser Gärten für die Pacht an die Stadt für diese Flächen draufgeht und das mit der Pachtgestaltung ist dadurch, dass die Verträge für die Vereine zu unterschiedlichen Zeiten abgeschlossen wurde, sehr unterschiedlich. Deswegen stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der zuständige Finanzstadtrat sowie die zuständigen Abteilungen (Abteilung für Grünraum und Gewässer, Straßenamt) und die Holding mögen den Ist-Stand der Pachtverträge sowie nützliche Synergien im Rahmen der Grünraumpflege erheben mit dem Ziel, ein einheitliches System zu entwickeln, welches die Vergabe von Flächen für urbanes Gärtnern nach Abschätzung von Aufwand und Ertrag, Ertrag ist hier nicht der Ertrag z.B. an Gemüse gemeint, sondern der Mehrwert für die Stadt, sowohl für die GärtnerInnen als auch für die Stadt sowie im Interesse von Umwelt, Grünraum und Klima neu regelt.

Das ausgearbeitete Regelwerk soll dem Gemeinderat spätestens in der Gemeinderatssitzung im Oktober zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Urbanes Gärtnern ist weit mehr als ein Trend und eine nette Freizeitbeschäftigung für Stadtbewohnerinnen. Urbane Gärten tragen zur Verschönerung des Stadtbildes bei sowie zur klimatischen Verbesserung der Umgebung. Zudem erhöhen sie nicht nur bei Mitgliedern der Gartenvereine die Sensibilität für notwendiges Grün in der Stadt. Das Gärtnern selbst hat, wie das Essen des gesunden frischen Gemüses,*

*gesundheitsfördernde Wirkung und sorgt – wie in den meisten Gartenvereinen aktiv praktiziert – für intergenerationalen, interkulturellen und integrativen Zusammenhalt. Für Städte hat das urbane Gärtnern daher nur positive Wirkungen. Die Stadt Graz fördert Initiativen daher durch das Umweltamt. Für Erde, Saatgut, Beete und sonstige benötigte Gegenstände für die Gartenarbeit muss auch einiges an Geld in die Hand genommen werden. Darüber hinaus müssen die GärtnerInnen auch Pacht für die Nutzung von Flächen im öffentlichen Raum bezahlen. Dabei ist die Gestaltung und Höhe der Pacht derzeit sehr uneinheitlich und unübersichtlich. Im Sinne der Grünraumoffensive und um urbanes Gärtnern zu fördern, wäre eine Überarbeitung dieser Praxis dringend notwendig. Zu überlegen wäre, ob den GärtnerInnen die Pacht nicht gänzlich erlassen werden könnte, da sie ja schließlich die gesamte Pflege der Grundstücke übernehmen und diese zusätzlich aufwerten. Damit könnte diese Initiative für mehr Grünraum sehr gut unterstützt werden. Durch die Pachterträge entstehen der Stadt keine großen finanziellen Gewinne, den GärtnerInnen tut diese Belastung jedoch weh.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

*Der zuständige Finanzstadtrat sowie die zuständigen Abteilungen (Abteilung für Grünraum und Gewässer, Straßenamt) und die Holding mögen den Ist-Stand der Pachtverträge sowie nützliche Synergien im Rahmen der Grünraumpflege erheben mit dem Ziel, ein einheitliches System zu entwickeln, welches die Vergabe von Flächen für urbanes Gärtnern nach Abschätzung von Aufwand und Ertrag sowohl für die GärtnerInnen als auch für die Stadt sowie im Interesse von Umwelt, Grünraum und Klima neu regelt.*

*Das ausgearbeitete Regelwerk soll dem Gemeinderat spätestens in der Gemeinderatssitzung im Oktober zur Beschlussfassung vorgelegt werden.*

GR<sup>in</sup> **Ussner:**

Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne, liebe Christine, danke für den Antrag. Ich möchte nur kurz sagen, ich darf meinen Bezug zu Gemeinschaftsgärten kurz erzählen. Ich habe vor 7 Jahren einen der ersten fünf bis sechs Gemeinschaftsgärten, die es in Graz gegeben hat, mitbegründet und hab seitdem auch mitverfolgen können, wie stark sich das verändert und entwickelt hat und was da für eine riesige Community entstanden ist. Nur mir kommt es trotzdem oft vor, dass das ein wenig bei den Regierungsparteien noch ein blinder Fleck ist, was die eigentlich für Aufgaben erfüllen in der Stadt. Weil das geht einfach alles weit über das Hobby-Gärtnern hinaus. Wir z. B. auf der Uni, wir haben einen Lerngarten daraus gemacht, um Bewusstseinsbildung über das Thema Ernährungssouveränität zu fördern bei den Leuten. Es hat voll den wichtigen sozialen Zusammenhalt in ganz vielen Gemeinschaftsgärten. Es wirkt teilweise wie Nachbarschaftsarbeit oder Nachbarschaftszentren und da geht es auch um etwas anderes als wie die Morgentaugärten, die ja vor zwei Jahren oder so in Graz angekommen sind, die ja eigentlich eher Geschäftsmodelle sind, sondern bei den Gemeinschaftsgärten geht es wirklich darum, Strukturen zu schaffen, wo Leute kostenlos und inklusiv und niederschwellig einfach sich daran beteiligen können, einen Raum mitgestalten können und das macht einfach voll viel in der Stadt als soziales Gefüge.

Abgesehen von dem sozialen Vorteil leisten die Gemeinschaftsgärten einen extrem wichtigen Beitrag zur Biodiversität, auch teilweise als Lebensraum für kleine Wildtiere, wenn ich an den Niesenberger Garten damals denke, da hat es alles gegeben, von Igel bis zu Fledermäusen, bis zu seltenen Vogelarten und man darf nicht außer Acht lassen, dass das ja Flächen sind, um die sich die Holding nicht mehr kümmern muss. Sondern, die ja dann von den Menschen selbst gepflegt werden. Ich selbst finde, dass so einem ehrenamtlichen Engagement mit Wertschätzung und mehr Unterstützung begegnet werden und eben nicht durch finanzielle Hürden erschwert soll und deswegen wollen wir halt auch noch ein Stück weiter gehen. Mit folgendem Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass öffentliche Flächen für Gemeinschaftsgärten kostenlos bzw. für einen symbolischen Betrag zur Verfügung gestellt werden sollen. Weil für die Stadt macht der Betrag nicht wirklich viel aus, aber für die Leute ist es eine irrsinnige Erleichterung und es hat einen großen Unterschied, wenn sie keine hohe Pacht für die Fläche bezahlen müssen.

Zweitens, diese Regelung soll auf Gemeinschaftsgärten zutreffen, die öffentlichen Grund nutzen und die die Voraussetzungen für eine städtische Gemeinschaftsgartenförderung erfüllen. Das ist auch ein Grund, um Kriterien festzulegen, dass man das einschätzen kann, auf wen das zutreffen würde. Falls der Abänderungsantrag von uns nicht durchgeht, stimmen wir natürlich trotzdem zu.

**Hohensinner:**

Hier ist der Hinweis, dass dieser Abänderungsantrag eigentlich so nicht zulässig wäre.

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Wir wollten den gleichen Antrag stellen, ist aber leider nicht zulässig.*

**Hohensinner:**

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es so nicht zulässig ist.

Scheinbar hat die KPÖ einen ähnlichen oder den gleichen einbringen wollen und da ist herausgekommen, dass er nicht zulässig ist. Wir haben vorher gerätselt, ob Sie es wissen.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Ussner: Nein, wusste ich nicht.*

**Hohensinner:**

Ok, kein Problem. Wünscht die Antragstellerin ein Schlusswort?

**Braunersreuther:**

Nachdem ich außer von der Tamara nichts gehört habe, melde ich mich einmal zum Schlusswort. Danke, Tamara, schon für die zugesagte Unterstützung. Ja, eigentlich ist das natürlich auch unser Anliegen, denn wenn man diesen Mehrwert, den diese Gärten haben, für die Stadt berechnet, dann kann man eigentlich nur zum Schluss kommen, dass die Stadt eigentlich einen Gewinn daraus zieht, nämlich in allen Aspekten und der ist eben nicht nur der, dass die Holding sich nicht mehr um die Flächen kümmern muss, dass diese Flächen danach zumeist schöner sind, sondern dass eben auch ganz wichtige Integrations- und auch Bildungsarbeit geleistet wird. Ich bin selbst auch Gärtnerin und allein wie viele Kinder da in den Garten kommen und fragen, ob sie sich da einmal eine Erdbeere nehmen dürfen vom Strauch, wo sie es einmal direkt vom Strauch sehen und nicht irgendwie beim Billa irgendwie im Kisterl bekommen, sie sich die Blumen anschauen, die da wachsen. Auch ältere Leute, die sich da mal reinsetzen und sich ausruhen. Wir haben sogar eine Stillgruppe von Frauen, die gefragt haben, ob sie da sitzen dürfen, weil sie hier ein wenig im Grünen versteckt sind und da ihre Ruhe haben. Das ist für sehr viele Leute wirklich ein Gewinn und deswegen hoffe ich wirklich, dass wir da zu einer Einigung kommen und dass der Gemeinderat sich dazu bekennt, dass dieser Sache, die wirklich einen großen Mehrwert hat für die Städte, gefördert wird, indem man bei dieser Pacht eine neue Regelung findet, sage ich jetzt einmal so. Danke.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Mag. **Haßler**:

Nachdem wir uns noch nicht zu Wort gemeldet haben, möchte ich das gerne für unsere Fraktion tun. Ich möchte mich bedanken für deine Initiative, auch bei der Grünen Fraktion, bei der Tamara für ihre Initiative. Dass es leider nicht angenommen wurde wegen der finanziellen Auswirkungen, muss ja nicht daran hindern, es trotzdem so zu machen. Wir hätten deinen Abänderungsantrag unterstützt. Ich war bis vor einem Jahr durchaus skeptischer bei Dingen, dass man immer wieder auch fordert, etwas gratis zu machen, aber die Koalition aus ÖVP und FPÖ hat mich dann belehrt, dass man drauf achten muss, Bagatellsteuern nicht zu sehr zu strapazieren. Ich erinnere an die Hundeabgabe, die immerhin 500.000 € eingebracht hat, die wir dann fallen haben lassen und ich denke, dass wir hier auch von einer Bagatellsteuer, Bagatelleinnahme reden können, deshalb bin ich zuversichtlich, dass es eine Mehrheit geben wird, dass man diese sinnvolle Initiative unterstützt und da keine zusätzliche Abgabe verlangt.

StR<sup>in</sup> **Kahr**:

Ich möchte mich für alle positiven Wortmeldungen in diese Richtung und auch von meiner Kollegin natürlich bedanken, weil mir das selbst ein Anliegen ist und ich sehr froh bin, dass wir das heute besprechen können. Es gibt ja vor allem beim Straßenamt die Möglichkeit. Man muss zuerst einen Gestattungsantrag stellen, das ist die eine Sache, aber dann, wenn du es bewilligt bekommst, wirst du entsprechend der Tarifpostenliste, die wir gemeinsam im Gemeinderat ja beschlossen haben, wird dann der Einrichtung oder der Person oder dem Verein das vorgeschrieben und das ist, genau wie die Christine beschrieben hat, mitunter sehr hoch. Ich habe jetzt die Möglichkeit immer, und das machen wir auch, wenn ein Ansuchen um Subvention da ist, wenn es gestattet wurde, diesem Verein diese Summe wieder zurückzuerstatten. Aber ich finde, nachdem auch andere Abteilungen auch davon betroffen sind, wenn das z.B. auf einem Privatgrundstück der Stadt Graz ist, dann ist wieder eine andere Stelle zuständig, oder wenn es in Parks ist, wäre es sinnvoll, wenn wir das heute so

beschließen könnten und in Wirklichkeit läuft es genau darauf hinaus, was auch die Tamara gesagt hat, unser Wunsch wäre, dass wir das als Dankeschön an alle Grazerinnen und Grazer sehen, die sich da engagieren, weil ein jeder, der das sieht und weiß, wo Urban Gardening oder Stadtgärten unterwegs sind, man freut sich, dass man da wirklich schön bepflanzt und wir können das eigentlich nicht genug schätzen. Wir sollten das auch proaktiv angehen, dass das noch mehr betrieben wird. Das Dankeschön ist, dass man ihnen die Kosten erlässt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**StR. Hohensinner:**

Wir haben eine kurze Regieanweisung bitte, und zwar die Mitarbeiter der Feuerwehr haben mich gerade informiert, aus technischen Problemen müssten wir einmal den Computer runter- und wieder hinauffahren, um die Tonaufnahme sicherzustellen. Daher wäre der Vorschlag, dass wir die Sitzung für 10 Minuten unterbrechen und ich würde diesen Anlass einfach einmal hernehmen, unser Sportamtsleiter Gerhard Peinhaupt hat ja bei seinem Abgang quasi angeregt, dass wir uns ab und zu auch bewegen sollten. Ich würde das einfach übernehmen als Sportstadtrat. Diejenigen, die ein paar Bewegungsübungen machen wollen, können sich hier vorne mit mir treffen. Wir machen weiter um 17.25 Uhr.

**9.4 Rettung des Vereins „Kleine Wildtiere in großer Not“  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grünen)**

**Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, lieber Kurt. Ich freue mich sehr, dass ich auch die Frau Grossmann von „Kleine Wildtiere“ auf der Galerie begrüßen darf. Es geht in meinem Antrag und ich hoffe, dass noch mehr Kolleginnen und Kollegen kommen bzw. den Antrag ohnehin gelesen haben, es geht um das Thema des Vereins „Kleine Wildtiere in großer Not“. Wir haben das alle mitbekommen den Hilferuf in der letzten Woche und auch die mediale Berichterstattung und ich würde mich auch freuen, wenn der Herr Kollege Stöckler zuhören würde. Peter, ich würde mich freuen, wenn du zuhören würdest.

*Zwischenruf GR. **Stöckler:** Ich höre dir immer zu.*

**Pavlovec-Meixner:**

Ok, dann passt es. Wir hatten ja das Thema schon öfters im Gemeinderat, was die Standortsuche betrifft. Wir haben uns auch immer wieder bemüht, einen neuen Standort zu finden und in der letzten Woche wurde eine Petition gestartet, die bis dato mehr als 22.000 Unterschriften gefunden hat. Dankenswerterweise hat die kleine Zeitung eine Umfrage gemacht, die die Frage hatte: „Soll die Stadt Graz den Verein kleine Wildtiere in großer Not retten?“ Wir haben eine Zustimmung von 93 % bekommen. Wir sehen, dass das vielen Grazerinnen und Grazern am Herzen liegt. Zur Historie ist es so, dass der Verein mittlerweile pro Jahr 5000 Wildtiere betreut, wovon rund 50 % aus dem Raum Graz kommen. Der Verein hat einen 24-Stunden-Notruf, wo man anrufen kann, wenn man z.B. einen Vogel findet und sich beraten lassen kann, ob man überhaupt zu den kleinen Wildtieren fahren soll oder ob man den Vogel einfach in seinem Umfeld lassen soll, oder natürlich auch ein anderes Tier. Ich habe das selbst

letztens erlebt, als ich dort war, dass die Feuerwehr mit einer Krähe gekommen ist und die MitarbeiterInnen vom Verein Kleine Wildtiere sofort gesagt haben, bringt die Krähe dorthin zurück, wo ihr sie gefunden habt, weil das ist ganz normal, dass Krähen, wenn sie aus dem Nest herauskommen, die ersten Tage in der Wiese verbringen, bewacht von ihren Eltern im Normalfall. Da gibt es einfach keine Notwendigkeit, sie zu den „Kleinen Wildtieren“ zu bringen. Tatsache ist, dass die Gesamtjahreskosten sich mittlerweile auf € 630.000 belaufen, wovon 80 % über Spenden finanziert werden, dass das Land Steiermark € 100.000 zahlt und die Stadt die Fläche im Leechwald zur Verfügung stellt bzw. € 10.000 pro Jahr fördert. Es hat sich über die Jahre auch so eingespielt, dass die Grazer Tierschutzvereine für die Grazerinnen und Grazer selbst und auch für die Feuerwehr, wenn sie angerufen werden, ganz selbstverständlich ist, dass man gar nicht nachdenkt, wo man so ein Wildtier hinbringt, sondern automatisch in den Leechwald fährt zum Verein Kleine Wildtiere. Das heißt, man muss auch ganz dringend sehen, dass diese Tätigkeit auch eine Entlastung ist für die Tierschutzvereine, die es sonst in Graz gibt. Diese anderen Tierschutzvereine werden ja über einen Verwahrungsvertrag finanziert nach dem Steiermärkischen Tierschutzgesetz. Der Herr Bürgermeister hat das heute auch schon kurz angesprochen. Das ist dort so geregelt, dass das Tier einen Halter haben muss, damit es dem Steiermärkischen Tierschutzgesetz unterliegt und deshalb ist es derzeit leider nicht möglich, dass der Verein so einen Vertrag bekommt. Was die Standortsuche betrifft, habe ich persönlich bzw. der Herr Stadtrat und der Verein selbst, wir haben uns im letzten Jahr über viele Flächen Gedanken gemacht. Eine Fläche, die ich auch genannt habe in meinem dringlichen Antrag, ist z.B. die nicht gebrauchte Fläche der Landwirtschaftsschule in Thal bei Graz, der Landwirtschaftsschule Grottenhof. Es sind aber auch andere Standorte ins Gespräch gekommen. Es haben dann auch am 4. Juni Gespräche stattgefunden zwischen BeamtInnen der Stadt Graz und des Landes, wo eben bekräftigt wurde, dass die Zusage für € 300.000 im Falle einer Übersiedelung aufrecht ist, aber nichtsdestotrotz ist der Verein jetzt in einer finanziellen Notsituation und bedarf dringend unserer Hilfe. Ich habe auch mit der Frau Großmann gesprochen über die Situation des Vereins und ich habe auch gesehen, dass es dort, und ich möchte

wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ihr mir zuhört, ich habe auch gesehen, dass es da wirklich ein Umdenken gibt, dass erkannt wurde, dass sich etwas verändern muss. Es ist mittlerweile gelungen, zwei ehrenamtlich tätige Personen zu finden, nämlich eine Steuerberaterin und eine Unternehmensberaterin, die werden gemeinsam mit der Frau Großmann und dem Verein ein Betriebskonzept entwickeln, um das in Zukunft auf andere Beine zu stellen. Ich habe das vorher auch schon dem Herrn Bürgermeister mitgeteilt. Es hat heute ein E-Mail gegeben seitens des Vereins an den Herrn Stadtrat Eustacchio, dass der Verein definitiv wegziehen wird aus dem Leechwald und eben dringend auch für diese Übersiedlung um Unterstützung bittet. Ich möchte abschließend auch noch erwähnen, dass die Arbeit dieses Vereins ein Artenschutzprojekt ist. Man muss einfach sehen, dass viele der Vögel, die dort aufgenommen werden, die gesund gepflegt werden, viele dieser Vögel auf der Liste der gefährdeten oder geschützten Tierarten stehen. Es sind ja auch die Igel eine geschützte Tierart, auch die Wildkaninchen, auch die Mader. Das ist ein Beitrag der Stadt Graz zum Artenschutz. Das möchte ich ganz dringend festhalten. Es liegt nun wirklich an uns, eine Rettung des Vereins zu ermöglichen. Es werden jetzt dringend 100.000 Euro gebraucht, auch um die Umsiedelung sicherzustellen. Im Sinne der dringend notwendigen Unterstützung stelle ich seitens der Grünen folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz sondiert ehestmöglich Möglichkeiten einer finanziellen Soforthilfe im benötigten Ausmaß, um den Weiterbestand des Vereins zu sichern.
- 2.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, ehebaldigst mit dem für Landwirtschaft zuständigen Landesrat bezüglich möglicher landwirtschaftlicher Flächen im Grazer Stadtgebiet bzw. des Betriebsteils Hardt der Landwirtschaftlichen Fachschule Gespräche zu führen.

- 3.) Die Stadt Graz verstärkt parallel dazu ihren Einsatz bei der Flächensuche unter Einbeziehung der im Motiventext genannten Flächen, sofern das jetzt nicht ohnehin schon vom Verein selbst in den letzten beiden Tagen gelöst wurde und
- 4.) auf Basis eines Betriebskonzepts, das jetzt erstellt wird, das ich vorher genannt habe, möge die Erhöhung der künftigen jährlichen Förderung durch die Stadt Graz wohlwollend geprüft werden.

Ich möchte mich jetzt auch den Worten von Herrn Stadtrat Hohensinner anschließen, der beim vorletzten dringlichen Antrag gesagt hat, ja, man soll sich jetzt auch überlegen, hier ehrenamtlich tätig zu werden und wir sollten uns alle überlegen, dass wir diesen Verein retten. Ich hoffe, das gilt auch für den Verein „Kleine Wildtiere“ und ich würde mich total freuen, wenn mein dringlicher Antrag eure Unterstützung findet. Danke.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Das Thema der Suche nach einem neuen Standort für den Verein „Kleine Wildtiere in großer Not“ beschäftigt uns auch im Gemeinderat seit geraumer Zeit, bis dato aber leider ohne positives Ergebnis. Gleichzeitig wurde die finanzielle Situation des Vereins immer schwieriger, sodass nunmehr seit 1. Juni 2019 keine weiteren Wildtiere mehr aufgenommen werden können. Eine Petition mit dem Ziel der Rettung des Vereins hat bereits mehr als 22.000 Unterschriften erreicht (Stand 05.06.2019). Eine Umfrage der Kleinen Zeitung „Soll die Stadt Graz den Verein „Kleine Wildtiere in großer Not“ retten?“ ergab eine Zustimmung von 93%.*

*Mittlerweile betreut der Verein rund 5.000 Wildtiere pro Jahr, von denen ca. 50% aus dem Grazer Stadtgebiet stammen. Durch die telefonische Beratung über den 24h-Notruf wird parallel alles darangesetzt, die Wildtiere nicht aus ihrer natürlichen Umgebung zu entfernen und so die Anzahl der zu betreuenden Wildtiere im Rahmen zu halten. Trotzdem belaufen sich die Gesamtjahreskosten mittlerweile auf 630.000,- €,*

wovon 80% über Spenden finanziert werden. Neben einer Förderung durch das Land Steiermark in der Höhe von 100.000,- € fördert die Stadt, neben der Zurverfügungstellung des Grundstücks im Leechwald, derzeit mit der verhältnismäßig geringen Summe von 10.000,- pro Jahr.

Über die Jahre hat es sich so eingespielt, dass es für die GrazerInnen wie für die Grazer Tierheime (und auch die Feuerwehr) ganz selbstverständlich wurde, dass alle Wildtiere direkt an den Verein "Kleine Wildtiere in großer Not" weitergegeben werden. Die Arbeit des Vereins "Kleine Wildtiere" stellt daher in jedem Fall eine Entlastung für die anderen Vereine dar, die über Leistungsverträge zur Verwahrung von Tieren finanziert werden. Derzeit ist nach dem steiermärkischen Tierschutzgesetz der Abschluss eines Leistungsvertrags zur Verwahrung von Wildtieren aber nicht möglich.

Was die Suche nach einem geeigneten Standort betrifft, wurden in den letzten Tagen neue Flächen genannt. In der Kleinen Zeitung ist von einem möglichen Standort in Eggersdorf die Rede. Ein Standort wäre sowohl von der Widmung als auch der Ausstattung her sehr gut geeignet, nämlich nicht mehr gebrauchte Flächen am Betriebsteil Hardt (Thal bei Graz) der Landwirtschaftlichen Fachschule (LFS) Grottenhof. Weiters könnte eine Altlasten-Verdachtsfläche am Spitzäckerweg in Puntigam sowie einige landwirtschaftliche Flächen in Liebenau im Umfeld der Südgürteltrasse auf ihre Verwendbarkeit geprüft werden. Grundsätzlich wäre eine Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr wünschenswert.

In den am 04.06. stattgefundenen Gesprächen zwischen VertreterInnen von Stadt Graz und Land Steiermark über die Zukunft des Vereins wurde seitens des zuständigen Stadtrats Mario Eustacchio sein bereits bekanntes Angebot einer Unterstützung von 300.000,- € für den Fall einer Übersiedlung des Vereins an einen anderen Standort erneuert.

Ein Verbleib im Leechwald wäre nur bei einer Reduktion der Flächen auf die Ausgangsfläche von 4.600 m<sup>2</sup> möglich, wobei die Frage der Widmung weiter offenbleibt. Bürgermeister Nagl hatte im Wahlkampf angekündigt, dass er sich einen Zoo für Graz wünschen würde. Auch der Aufbau eines Zoos rund um den aktuellen Standort des Vereins „Kleine Wildtiere“ mit entsprechender „Zoo-Widmung“ sollte

*geprüft werden. Eine finanzielle Soforthilfe wurde dem Vernehmen nach ausgeschlossen, was den Verein nun zur Kündigung von 20 MitarbeiterInnen zwingt. Der Verein wird nun mit professioneller externer Unterstützung einer Unternehmensberaterin und einer Steuerberaterin, beide ehrenamtlich tätig, ein Betriebskonzept für die künftige Tätigkeit erstellen. Dies würde sicherlich eine sehr gute Grundlage für weitere Verhandlungen und die künftige Finanzierung durch Stadt und Land darstellen.*

*Abschließend möchte ich betonen, dass die Arbeit des Vereins „Kleine Wildtiere in großer Not“ auch als Artenschutz-Projekt wahrgenommen werden muss. Artenschutz ist ein zentrales Anliegen des Landes Steiermark und auch der Stadt Graz. Viele der vom Verein geretteten Vögel sowie Igel, Fledermäuse, Wildkaninchen, Marder u.a. gehören zu den geschützten Tierarten, manche von ihnen sind stark gefährdet.*

*Es liegt an uns, ob wir eine Rettung des Vereins ermöglichen und eine finanzielle Basis sicherstellen wollen.*

*Im Sinne der dringend notwendigen Unterstützung des Vereins „Kleine Wildtiere in großer Not“ stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1.) Die Stadt Graz sondiert ehestmöglich Möglichkeiten einer finanziellen Soforthilfe im benötigten Ausmaß, um den Weiterbestand des Vereins zu sichern.*
- 2.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, ehebaldigst mit dem für Landwirtschaft zuständigen Landesrat bezüglich möglicher landwirtschaftlicher Flächen im Grazer Stadtgebiet bzw. des Betriebsteils Hardt der Landwirtschaftlichen Fachschule Gespräche zu führen.*
- 3.) Die Stadt Graz verstärkt parallel dazu ihren Einsatz bei der Flächensuche unter Einbeziehung der im Motiventext genannten Flächen.*

4.) *Auf Basis eines Betriebskonzepts möge die Erhöhung der künftigen jährlichen Förderung durch die Stadt Graz wohlwollend geprüft werden.*

**StR. Hohensinner:**

*Danke, das Ehrenamt ist in vielen Richtungen ganz wichtig.*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup>. Mag.<sup>a</sup> **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer. Vorab möchte ich betonen, dass die Arbeit, die der Verein „Kleine Wildtiere in großer Not“ leistet, enorm wichtig und wertvoll ist, und Bgm.-Stv. Eustacchio hat den Verein und auch Frau Grossmann von Anfang an seine volle Unterstützung zugesichert. Es wurden schon etliche Gespräche geführt. Mit Frau Großmann, mit den Verantwortlichen im Land, mit Landesrat Lang, mit der Tierschutzombudsfrau Dr.<sup>in</sup> Fiala-Köck, das heißt, es gibt Unterstützung wirklich auf allen Ebenen. Jetzt wäre es einmal wichtig, dass es eine Grundsatzentscheidung des Vereins gibt. Einmal, ob sie am Hilmteich bleiben möchten und sich verkleinern möchten, oder ob sie einen geeigneten anderen Standort haben und übersiedeln möchten. Wenn es zu dieser Entscheidung heute gekommen ist, umso besser. Wie schon gesagt, egal wie die Entscheidung ausfällt, der Vizebürgermeister wird helfen und wie schon gehört, erst diese Woche hat er sein Unterstützungsangebot von € 300.000 für den Fall einer Umsiedelung erneuert. Es handelt sich um ein wichtiges und sehr sensibles Thema und deshalb finde ich es eigentlich verwerflich, dass ihr Grünen euch hier populistisch bei diesem Thema wieder hervortun wollt, obwohl ihr ja, in eurem Motivenbericht nachzulesen, genau um die Umstände, um die Bemühungen und um die zahlreichen Gespräche wisst, die schon gelaufen sind. Es geht

wieder einmal, wie so oft, nur um politisches Kleingeld Wechseln. Aber ihr schürt dadurch Unsicherheit und diese macht sich bemerkbar und ist sicher nicht im Sinne des Tierwohls. Wenn man sich die letzten Tierabgaben ansieht, die Leute holen gesunde Jungtiere aus der Natur, aus ihrem Lebensraum, räumen Nester aus, noch nackte, blinde Tierbabys werden mitgenommen oder abgelegte Jungtiere, was in der Natur völlig normal ist. Zum Beispiel beim Feldhasen werden die Jungen mitgenommen. Vor ein paar Tagen wurden 14 Entenküken, gesunde Küken, zusammen mit der Mutter eingefangen und bei der Arche Noah abgegeben. Da bedarf es wirklich einer Aufklärung der Bevölkerung. In diesem Sinne ist auch mein Abänderungsantrag. Denn, die Problematik betrifft nicht nur die Rettung und Unterbringung sowie die Auswilderung, und das ist ein ganz wichtiges Ziel beim Wildtierschutz, die Auswilderung der Wildtiere, sondern die Problematik betrifft eben auch den Tiertransport bzw. die Bürgerinformation. Das ist nicht nur ein Thema der Stadt Graz allein, sondern auch des Landes Steiermark und deshalb mein folgender Antrag. Der Gemeinderat wollte beschließen:

Der für Tierschutz zuständige Stadtsenatsreferent Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio wird ersucht, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark (Land- und Forstwirtschaft, Tierschutz, Naturschutz, etc.) eine gemeinsame Vorgehensweise betreffend die im Antragstext erwähnten Faktoren (Information, Rettung und Unterbringung) zu erarbeiten und dem Gemeinderat entsprechend zur Kenntnis zu bringen.

*Originaltext des Abänderungsantrages:*

*Die Problematik betrifft nicht nur Rettung und Unterbringung verletzter Wildtiere sowie deren Auswilderung, sondern auch den Tiertransport bzw. die Bürgerinformation, weil bedauerlicherweise nicht nur in Not befindliche Wildtiere gerettet werden, sondern in*

*zunehmendem Maße gesunde, nicht hilfsbedürftige Jungtiere aus ihrem natürlichen Lebensraum entfernt werden.*

*Diese drei Komponenten – Information, Rettung und Unterbringung – betreffen nicht nur die Stadt Graz, sondern das gesamte Bundesland Steiermark, weshalb eine Abstimmung mit den verantwortlichen Stellen beim Land zwingend erforderlich ist.*

*Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender*

**Abänderungsantrag**

*gem. § 21 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der für Tierschutz zuständige Stadtsenatsreferent Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio wird ersucht, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark (Land- und Forstwirtschaft, Tierschutz, Naturschutz, etc.) eine gemeinsame Vorgehensweise betreffend die im Antragstext erwähnten Faktoren (Information, Rettung und Unterbringung) zu erarbeiten und dem Gemeinderat entsprechend zur Kenntnis zu bringen.*

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen. Liebe Andrea, danke für diesen Antrag. Ich glaube, da wir heute schon eine Frage gestellt haben, eigentlich zwei Fragen, bedeutet, dass uns dieses Thema wirklich dringend ist und dass uns dieses Thema wirklich betroffen gemacht hat, über die letzten Tage. Ich glaube auf jeden Fall, dass es keine Handhabe sein kann, dass wir jetzt untätig bleiben. Ich muss zustimmen, dass wir hier mehrere Möglichkeiten abwägen müssen. Von Seiten des Landes ist uns versichert worden, dass es schon mehrere Soforthilfen gegeben hat, dass im Dezember z.B. auch 108.000 Euro Budget für das kommende Jahr 2019 ausbezahlt wurden und

dass jetzt im Juni quasi der Verein vor dem Aus steht, das macht mich sehr betroffen und lässt mich auch fragen, ob es da vielleicht auch mehrere Probleme gibt, nicht nur Probleme, dass der Ort kein idealer ist, sondern auch da geht es um Auslastung, da geht es auch darum, dass wenn man 23 MitarbeiterInnen hat, so ist es mir erzählt worden, muss man sich auch mit MitarbeiterInnenführung betraut machen und dann wird diese Zeit halt weggenommen von den Tieren und bei 5000 Tieren braucht man jede Hand und jede Stunde, um sich um die Tiere zu kümmern und ich glaube, dass wir da mehrere Antworten geben müssen, außer jetzt schnell eine Soforthilfe, sondern dass man hier ganz konkret überlegen sollte, wie das Konzept von den Vereinen funktionieren soll und mit welcher Aufstellung und in welcher Größe. Wir haben auch vom Land mehrere Signale bekommen, dass alle zuständigen Bereiche bestrebt sind, den Verein zu retten und auch möglichst mit weiteren Geldern zu unterstützen, aber ich glaube nicht, dass wenn man jetzt schnell 60.000 auf den Tisch legt, dass das Problem an sich schnell gelöst wird und deswegen möchte ich nur unterstreichen, dass es hier auch im Besonderen mit dem Land eine neue Vorgehensweise braucht und ich glaube auch, dass wir da als Stadt mehr in die Hand nehmen könnten, als nur diese 10.000 Euro, wenn man bedenkt, wie viel das Land hier ausgibt und deswegen begrüßen wir den Antrag, aber wir werden auch dem Abänderungsantrag zustimmen, weil wir glauben, dass es mehr braucht als die genannten Punkte.

**Pavlovec-Meixner:**

Vielen Dank für diese Wortmeldungen. Mich hätte natürlich auch interessiert, wie die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP dazu stehen. Ich muss sagen, über diese Wortmeldung von dir, Astrid, kann ich mich echt nur wundern. Was heißt das, wir tun uns hervor? Wir sind die Einzigen gewesen, die in den letzten Jahren aktiv waren bei der Standortsuche und zwar persönlich. Wir haben das mehrmals im Gemeinderat thematisiert und ich konnte nicht den Eindruck gewinnen, dass der Herr Stadtrat hier so wahnsinnig aktiv war und wenn ich dann höre, dass eine Fläche wie der Vincke-Steinbruch, der nördliche Vincke-Steinbruch bitte, der ist unter Naturschutz, wie kann

man bitte so eine Fläche vorschlagen? Das ist ja einfach unglaublich vom Inhalt her. Natürlich wird das so gemacht und das habe ich in meinem Antrag auch gesagt, natürlich wird es so gemacht, dass es dieses 24 Stunden besetzte Notruftelefon gibt, damit die Leute dort anrufen können und niemand vom Verein „Kleine Wildtiere“ wird irgendjemand sagen, er soll Hasenbabys mitnehmen.

*Zwischenruf GR.<sup>in</sup> **Schleicher**: Das habe ich nicht gesagt. Das hat sich so entwickelt in der Bevölkerung.*

**Pavlovic-Meixner**: Aber das wird den Leuten unterstellt, wenn die Leute dort anrufen, dann bekommen sie diese Info, dass das nicht notwendig ist. Es ist ja nicht so, dass die Tiere ohne Not dort behalten werden, sondern nur jene Tiere, die nicht ausgewildert werden können, die werden behalten. Das ist zur Zeit ein Fuchs, den ich auch selbst gesehen habe. Was die Information betrifft, möchte ich das nur unterstreichen. Ich würde mich auch sehr freuen, wenn es in der BIG mindestens drei Artikel geben würde im nächsten Jahr, wo man immer wieder daran erinnert an den Umgang mit Wildtieren, wo man den Leuten auch sagt in Kooperation mit dem Verein „Kleine Wildtiere“, wo man sich wirklich Sorgen machen muss, wo man aktiv werden muss und wo nicht. Wie gesagt, ich habe gesagt, dass sich beim Verein einiges geändert hat in der letzten Zeit. Es wird ein Betriebskonzept erstellt, ich habe auch mit dem Herrn Bürgermeister gesprochen. Wir werden dann selbstverständlich ihm das auch vorstellen. Das heißt, die Damen, die da jetzt ehrenamtlich tätig sind, werden ihm das vorstellen gemeinsam mit der Frau Großmann und auch für die Fläche wird es eine Lösung geben. Aber es braucht jetzt einmal eine dringende Unterstützung auch finanzieller Natur und möglicherweise auch bei der Flächensuche und deshalb würde ich mich nichts destotrotz freuen, wenn mein Antrag eine Zustimmung erhält.

**Hohensinner:**

Danke, somit kommen wir zur Abstimmung über den Abänderungsantrag.

***Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ und Neos) angenommen.***

#### **9.5 Transparenzoffensive in der Stadt Graz (GR<sup>in</sup>. Ribo, Grüne)**

**Ribo:**

Zum wiederholten Male, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meinem dringlichen Antrag geht es um Transparenz in der Stadt Graz. Die Ereignisse der letzten Tage, Wochen haben sehr deutlich gemacht, wie wichtig es ist, vor allem im Bereich Parteienfinanzierung wieder Transparenz hineinzubringen. Transparenz ist auch gefragt, wenn es darum geht, welche Spenden die Parteien bekommen, oder wenn es darum geht, wie parteinahe Organisationen finanziert werden, wie Wahlkampfkosten aufgestellt werden, aber auch natürlich, wenn es um öffentliche Aufträge oder um die Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst geht. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, sichergehen zu können, dass Parteien und Klubförderung, die auch natürlich über Steuermittel finanziert werden, ordnungsgemäß eingesetzt werden und dass da alles seine Ordnung hat. Es sollte selbstverständlich für uns alle sein, dass beschlossene Wahlkampfkostenbudgets eingehalten werden oder das z.B. das Bestellen von Personal im Falle z.B. der Stadt Graz, dass das jetzt nicht unbedingt mit der Parteifarbe etwas zu tun hat, sondern dass es eben um die Kompetenz der Personen geht. Dass es in der Praxis so nicht umgesetzt wird, wissen wir eben hier sehr gut. Dafür haben wir die Ibiza-Affäre nicht gebraucht, die hat uns leider einfach noch einmal die Augen aufgemacht. In diesem Sinne würde

ich an Stelle von FPÖ, ÖVP und manchmal auch SPÖ schon als einen politischen Fehler sehen, dass man mehrmals, und ich wiederhole, wirklich mehrmals gegen unsere Anträge in den letzten Jahren, ich habe mir einfach die Jahre von 2011 angeschaut, pro Jahr waren es mindestens 1 bis 2 Anträge und die wurden immer von diesen Parteien, mit Ausnahme der SPÖ, nicht immer, dagegen gestimmt.

*Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das ist Konsequenz.*

**Ribo:**

Ja, genau, das ist Konsequenz. Aber, wie wir wissen, die Hoffnung stirbt zuletzt und deswegen denken wir uns oder hoffen wir, dass spätestens jetzt Einsicht da ist, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Heuberger: Da könnt ihr gleich einmal anfangen bitte.*

**Ribo:**

Dass es nicht so weiter gehen kann wie bis jetzt, egal ob wir jetzt von einer Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene gehen, Transparenz muss sichergestellt werden, damit natürlich eben wieder Vertrauen in die Politik hergestellt wird. Dass die Leute draußen kein Vertrauen mehr in die Politik haben, das wundert mich nicht. Aus diesem Grunde gibt es Handlungsbedarf und natürlich gibt es dazu Gesetze auf Bundes- und Landesebene, aber die sind einfach für uns nicht ausreichend bzw. wir hoffen auch darauf, dass diese Gesetze verändert werden, novelliert werden und dass eben das Thema Transparenz wieder in den Vordergrund gestellt wird. In der Vergangenheit haben wir, wie gesagt, immer wieder diesen Versuch auch gestartet. Es ist so, dass wir mitbekommen mussten, dass es nicht immer so schnell geht, aber wenn

wir uns hier alle darauf einigen, dass wir sagen, wir wollen mehr Transparenz, dann brauchen wir nicht auf den Bund und auf das Land zu warten, da können wir selbst handeln. Wenn wir dem Stadtrechnungshof die Möglichkeit zur Kontrolle geben, können wir sehr schnell Transparenz schaffen. Wir können uns darüber hinaus selbst verpflichten, die Wahlkostenbegrenzungen einzuhalten bzw. welche zu machen und bei entsprechender Nichteinhaltung Sanktionsmöglichkeiten vorsehen. Die Klubförderung, das hat auch mein Kollege Niko schon öfters angesprochen, die ist ja so vage formuliert, dass man da nicht von Kontrolle sprechen kann. Einen wichtigen Punkt möchte ich auch hier noch einmal anmerken: Auch wenn er vom Präsidialamt nicht für zulässig erklärt wurde, und zwar geht es um die Objektivierungsrichtlinien der Stadt Graz, da sehen wir in der Stadt Graz das größte Transparenzproblem. Ich sage nur, die letzten Posten in der Stadt Graz wurden wirklich nicht transparent durchgeführt. Ich zähle auf, die Kommunikationsabteilung, Immobilienabteilung, etc. ihr kennt das eh. Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Der Gemeinderat bekennt sich zu einer Beschränkung der Wahlkampfkosten für Gemeinderatswahlen. Die Präsidialabteilung wird beauftragt, bis Oktober 2019 unter Einbeziehung des Stadtrechnungshofes eine Richtlinie für eine Wahlkampfkostenbeschränkung auf Basis des Bundesgesetzes über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012) für Graz zu erarbeiten. Für den Fall der Nichteinhaltung der Wahlkampfkostengrenze sind entsprechende Sanktionsmöglichkeiten vorzusehen.
- 2) Der Gemeinderat bekennt sich dazu, dass der Stadtrechnungshof die Kompetenz und den Auftrag erhält, in die Finanzgebarung der Parteien und Gemeinderatsklubs Einsicht zu nehmen und die Verwendung der Partei- und Klubförderungen, die an Parteien geflossenen Spenden sowie die Einhaltung der Obergrenze bei den Wahlkampfkosten zu überprüfen. Bei Nichteinhaltung sind

entsprechende Konsequenzen vorzusehen. Die Präsidialabteilung wird beauftragt, bis Oktober 2019 ein diesbezügliches Gemeinderatsstück vorzubereiten.

Ich bitte um breite Annahme.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen deutlich auf, wie notwendig es ist, endlich Transparenz in die Parteienfinanzierung zu bringen. Transparenz ist auch gefragt, wenn es um Spenden an Parteien oder parteinahe Organisationen und um Wahlkampfkosten geht, aber auch um öffentliche Aufträge und die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst.*

*Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, sichergehen zu können, dass Parteien- und Klubförderung, die ja aus Steuermitteln finanziert werden, ordnungsgemäß eingesetzt werden und dass keine unrechtmäßigen Zahlungen an die Parteien fließen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass beschlossene Ausgabengrenzen bei Wahlkämpfen eingehalten werden und bei der Besetzung von Stellen die Parteizugehörigkeit bzw. Parteiloyalität nicht das ausschlaggebende Kriterium ist. Dass dies in der Praxis nicht der Fall ist, das wissen wir nicht erst seit der Ibiza-Affäre.*

*In diesem Sinne muss man es als schweren politischen Fehler sehen, dass ÖVP, FPÖ und manchmal auch die SPÖ mehrmals gegen unsere Initiativen für mehr Transparenz hier im Gemeinderat gestimmt haben (u.a. dringliche Anträge vom 20.10.2011, 15.3.2012, 5.7.2012 und 19.9.2013, 20.03.2014, 16.06.2016). Wir Grüne hoffen und erwarten, dass spätestens jetzt die Einsicht da ist, dass es so nicht weitergehen kann, dass auf allen politischen Ebenen – vom Bund bis zu den Gemeinden – Transparenz hergestellt werden muss, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wiederzuerlangen.*

*Wir sehen aktuell folgenden Handlungsbedarf:*

*Das Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012) sowie das Steiermärkische Parteienförderungs-Verfassungsgesetz ermöglichen keine*

*effektive Kontrolle von Wahlwerbungskosten und Parteispenden. Möglicherweise wird es eine Novellierung geben, doch sollten wir als Stadt Graz nicht darauf vertrauen, dass der Bundes- und/oder der Landesgesetzgeber tatsächlich tätig wird. Dazu gab es in der Vergangenheit schon zu viele Ankündigungen, die dann nicht umgesetzt wurden. Wenn wir dem Stadtrechnungshof die Möglichkeit zur Kontrolle geben, können wir sehr schnell Transparenz schaffen. Wir können uns darüber hinaus selbst verpflichten, bei den Wahlwerbungskosten Begrenzungen einziehen und entsprechende Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung vorsehen.*

*Die Klubförderung unterliegt derzeit keiner effektiven Kontrolle. Die Kriterien für die Verwendung sind in der Richtlinie so vage formuliert, dass die vorgeschriebene Prüfung durch WirtschaftsprüferInnen keine tatsächliche Kontrolle darstellt.*

*Angesichts der Praxis, die sich seit der Novellierung der Objektivierungsrichtlinien im Dezember 2017 eingebürgert hat, gäbe es auch hier dringenden Handlungsbedarf in Sachen Transparenz. Bei der Besetzung der Abteilungsleitungen und bei der Postenvergabe aufgrund als dringlich eingestuften zusätzlichen Personalbedarfs wurde in den letzten eineinhalb Jahren großzügig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf eine öffentliche Ausschreibung zu „verzichten“. Das Ergebnis ist bekannt: die Hearings fanden zum Teil mit nur einem Bewerber statt, mögliche externe qualifizierte BewerberInnen wurden von vornherein durch die interne Ausschreibung von einer Bewerbung ausgeschlossen und der Karriereverlauf vom politischen Büro an die Spitze von Abteilungen wurde im letzten Jahr zum Regelfall.*

*Wir fordern daher, dass der Stadtrechnungshof Einsicht in die Finanzgebarung der Parteien erhält und dass auf Ebene der Stadt eine Beschränkung der Wahlkampfkosten mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung eingeführt wird.*

*Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Der Gemeinderat möge beschließen:*

- 1) *Der Gemeinderat bekennt sich zu einer Beschränkung der Wahlkampfkosten für Gemeinderatswahlen. Die Präsidialabteilung wird beauftragt, bis Oktober 2019 unter Einbeziehung des Stadtrechnungshofes eine Richtlinie für eine Wahlkampfkostenbeschränkung auf Basis des Bundesgesetzes über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012) für Graz zu erarbeiten. Für den Fall der Nichteinhaltung der Wahlkampfkostengrenze sind entsprechende Sanktionsmöglichkeiten (z.B. teilweiser Entfall der Förderung für das Folgejahr) vorzusehen.*
- 2) *Der Gemeinderat bekennt sich dazu, dass der Stadtrechnungshof die Kompetenz und den Auftrag erhält, in die Finanzgebarung der Parteien und Gemeinderatsklub Einsicht zu nehmen und die Verwendung der Partei- und Klubförderungen, die an Parteien geflossenen Spenden sowie die Einhaltung der Obergrenze bei den Wahlkampfkosten zu überprüfen. Bei Nichteinhaltung sind entsprechende Konsequenzen vorzusehen. Die Präsidialabteilung wird beauftragt, bis Oktober 2019 ein diesbezügliches Gemeinderatsstück vorzubereiten.*

**Hohensinner:**

Vielen Dank für die Berichterstattung. Es steht der Vorschlag, dass wir gleich die zwei Dringlichen zu einem ähnlichen Inhalt zusammenziehen. Niko Swatek nimmt diese Einladung gleich wahr. Bitte um deinen dringlichen Antrag.

**9.6 Reformpaket für eine saubere Stadtpolitik  
(GR Swatek, Neos)**

**Swatek:**

Endlich einmal bin ich nicht der Letzte, der seinen Antrag präsentieren kann, auch etwas Spannendes. Mein Antrag geht in eine ähnliche Richtung. Er beginnt auch mit der Ibiza-Affäre, die natürlich das Vertrauen in die Politik erschüttert hat und natürlich

auch zum einen eine Riesendiskussion gestartet hat in Österreich, nämlich über unser derzeitiges Parteiensystem und darum, dass unser Parteiensystem gegen Korruption und Freunderlwirtschaft in der derzeitigen Form einfach nicht gewappnet ist. Ich bin ganz klar ein Verfechter davon, dass wir sagen, Parteien brauchen auch klare Spielregeln und klare Grenzen. Jetzt gibt es mehrere Experten, aber auch Transparency International oder die OSZE, die die fehlende Finanzkontrolle von Parteien in Österreich stark kritisiert haben und auch stärkere Kontrollen fordern und da sind vor allem auch wir hier als Rathausparteien gefordert, endlich aktiv zu werden, denn in Graz haben wir eine Förderung für die Rathausklubs und politischen Mandatare von jährlich 1,2 Mio. Euro und hier kommt es zu keiner Kontrolle durch eine staatliche, unabhängige Institution. Es werden auch nicht Einnahmen, Ausgaben oder Spenden veröffentlicht. Das heißt, wir wissen eigentlich gar nicht, was mit dem Geld passiert und zweitens wie sich die Rathausfraktionen neben einer Förderung vielleicht noch finanzieren, ob irgendjemand Spenden bekommt. Das heißt, ich brauche keinen dubiosen Verein, um Spendengelder irgendwie zu verschleiern, sondern ich könnte es einfach den Rathausklubs geben und es wäre auch jedem wurscht, leider Gottes. Genau deshalb glaube ich, dass wir hier als Rathausfraktion auch in der Verantwortung sind, endlich für klare Kontrollen zu sorgen. Das heißt zum einen natürlich, dass der Stadtrechnungshof drüberschaut über die Finanzen und zum anderen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger Einsicht bekommen darin, ob wir hier Spenden in den Rathausklubs erhalten oder nicht und wofür wir das Geld auch ausgeben. Zum anderen sehen wir auch, so glaube ich, dass wir im Haus Graz auch mehr in Richtung Korruptionsprävention machen können. Es gibt viele Städte, die haben die unterschiedlichsten Maßnahmen getroffen gegen Korruption. Die Stadt Wien z.B. hat ein Korruptionstelefon etabliert, da kann man anrufen als Bürgerin und als Bürger oder als Beamter oder Bediensteter der Stadt und kann mögliche Fälle von Korruption melden und dann wird dem auch nachgegangen. Ich glaube einfach, dass man all diese Möglichkeiten, die es derzeit gibt, auch ansehen sollte und deswegen vielleicht eine Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe einsetzen sollte, die in Verbindung oder Einbindung von Experten und Expertinnen vom Stadtrechnungshof, aber auch uns, den

Rathausfraktionen, sich hinsetzen sollten und gemeinsame Maßnahmen ausarbeiten sollten, um in Zukunft auch stärker im Bereich der Korruptionsprävention in der Stadt etwas zu tun. Daher stelle ich im Sinne einer transparenten Stadt den

**dringlichen Antrag:**

- (1) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Kontrolle der Klub bzw. Mandatarsförderung durch den Stadtrechnungshof zu prüfen.
- (2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Veröffentlichungspflicht von Einnahmen, samt Spenden und Ausgaben der Rathausklubs, zu prüfen.
- (3) Der Gemeinderat beauftragt die Magistratsdirektion mit der Einsetzung einer Antikorruptions-Arbeitsgruppe, die mit der Aufbereitung und Erstellung eines Grazer Antikorruptionsplans betraut wird. Dieser Antikorruptionsplan soll weitere Maßnahmen vorschlagen, die die Stadt Graz im Kampf gegen Freunderlwirtschaft und Korruption setzen soll. In jedem Fall sollten sowohl der Stadtrechnungshof, Expertinnen und Experten sowie alle Rathausfraktionen in dieser Arbeitsgruppe vertreten sein.

Ich glaube, wir haben jetzt die Chance, dass wieder seitens der Bevölkerung das Vertrauen in die Politik steigt und dass wir für klare Spielregeln auch von politischen Parteien sorgen und daher bitte ich auch um die Annahme dieses Antrages.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Die Ibiza-Affäre und die damit zusammenhängenden Enthüllungen haben uns die Notwendigkeit nach strikteren Regelungen im österreichischen Parteiensystem schmerzlichst vor Augen geführt. Um auch auf Grazer Ebene einen Beitrag zur Wiederherstellung des durch die Ibiza-Affäre beschädigten Bildes der Politik in der Öffentlichkeit zu leisten und endlich gegen Freunderlwirtschaft und Korruption*

*anzukämpfen, müssen die Grazer Rathausparteien in die Verantwortung gehen und für klare Transparenz und Antikorruptions-Regelungen in Graz sorgen. Dazu müssen allen voran die Grazer Rathausklubs endlich transparent werden. Denn die Grazer Rathausklubs erhalten jährlich rund 1.2 Millionen Euro Klubförderung. Dabei unterliegen sie jedoch nicht dem Österreichischen Parteiengesetz oder überhaupt der Kontrolle einer unabhängigen staatlichen Institution. Einnahmen, Ausgaben oder etwaige Spenden oder sonstige Finanzierungen der Rathausklubs sind somit für alle verborgen. Es ist daher endlich an der Zeit, die Rathausklubs einer Kontrolle durch den Stadtrechnungshof zu unterziehen und ihre Finanzierung sowie die Verwendung von Steuergeldern durch diese transparent offenzulegen. Im Sinne einer Korruptionsprävention wäre es zudem sinnvoll, noch weitere Schritte im Haus Graz umzusetzen. Eine Antikorruptionsarbeitsgruppe soll sich in diesem Zusammenhang, unter Einbindung von Expertinnen und Experten, dem Stadtrechnungshof und allen Rathausfraktionen beraten und dem Gemeinderat konkrete Maßnahmen zum Beschluss vorlegen.*

*Im Sinne einer transparenten Stadt stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den*

**dringlichen Antrag:**

- (1) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Kontrolle der Klub bzw. Mandatarsförderung durch den Stadtrechnungshof zu prüfen.*
- (2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Veröffentlichungspflicht von Einnahmen, samt Spenden und Ausgaben der Rathausklubs zu prüfen.*
- (3) Der Gemeinderat beauftragt die Magistratsdirektion mit der Einsetzung einer Antikorruptions-Arbeitsgruppe, die mit der Aufbereitung und Erstellung eines Grazer Antikorruptionsplans betraut wird. Dieser Antikorruptionsplan soll weitere Maßnahmen vorschlagen, die die Stadt Graz im Kampf gegen Freunderlwirtschaft*

*und Korruption setzen soll. In jedem Fall sollten sowohl der Stadtrechnungshof, Expertinnen und Experten sowie alle Rathausfraktionen in dieser Arbeitsgruppe vertreten sein.*

**Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (17.58 Uhr).**

**GR Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte Mitglieder der Stadtregerung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Antragsteller. Ich fange beim Niko an. Es ehrt sehr, dass man sich bemüht, um auch im Sinne von Transparenz hier Fortschritte zu machen. Dem wird ja hier herinnen in diesem Haus im Plenum niemand widersprechen, davon gehe ich aus. Das Problem haben wir nur immer damit, wenn von Parteiförderung gesprochen wird und wie intransparent Parteiförderung ist und Spenden sind etc. Ich muss nur sagen, die Parteiförderung ist eines der sinnvollsten Instrumente und funktionierendsten Instrumente in einer Demokratie. Bitteschön, wollen wir nächstes Mal hier stehen beim Pult und mit einem Haselsteiner-Hemd oder sonst irgendetwas? Was soll das? (Appl.)

Da muss ich wirklich sagen, für das ist die Parteienförderung da, um die Parteien für ihre demokratische Arbeit finanzieren zu können. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter. Die Parteien haben den Auftrag, nämlich auch die Stadtorganisationen, weil die Sektionen in unserem Fall haben keine Rechtspersönlichkeit, müssen aber den Rechenschaftsbericht an die Stadtorganisation leisten. Die Stadtorganisation hat das an die Landesorganisation zu melden in Form eines Rechenschaftsberichtes, die Landesorganisation an die Bundesorganisation und die Bundesorganisation an den Bundesrechnungshof. Dann muss ich schon fragen, wenn ich davon spreche, dass es da keine Kontrolle gibt, dann unterstelle ich allen Einrichtungen, allen demokratisch legitimierten übrigens, dass sie defacto ihrer Kontrollaufgabe nicht nachkommen. Das will ich so nicht stehen lassen. Dass es Fälle gibt, wo es Probleme gibt, das steht ja

völlig außer Frage. Nur erinnern wir uns, weil wir vorher beim Tierschutz waren, erinnern wir uns zurück, wie es damals das Problem in der Steiermark mit dem Problem-Bären, wenn ihr euch erinnern könnt, gegeben hat. Bei den Problem Bären war es so, dass der Problem Bär behandelt wurde bzw. eingefangen wurde oder eingeschläfert oder was auch immer, aber nicht eine ganze Population wurde deswegen ausgelöscht, nur weil ein Bär ein Problem war. Ich will damit sagen, es gibt Problemfälle, das steht außer Frage, das erleben wir im Kontrollausschuss zu Hauf, das ist keine Frage, aber da arbeitet der Stadtrechnungshof hervorragend und zeigt dies auch auf und wir haben das hier auch abzuarbeiten und entsprechend in Empfehlungen umzusetzen und da ist das Stichwort Follow-up-Prüfung ja heute eh schon gefallen. Das was sehr sinnvoll ist, aber da geht das ein wenig in diesem Unterstellungsrahmen zu weit. Weil eine Antikorruptionsstelle sagt ja aus, dass allen Beamtinnen und Beamten unterstelle ich einmal grundsätzlich Korruption im Haus. Denn wofür brauche ich eine Antikorruptionsstelle, wenn Beamtinnen und Beamte, die alle auf die Verfassung angelobt sind und auf die Republik, Entschuldigung, was soll das, wenn ich jenen unterstelle, dass sowieso alle korrupt sind? Das würde ich wirklich zurückweisen und ich würde wirklich die Systeme, die wir haben, auch nutzen und diese Systeme, diese funktionierenden Systeme bis auf Einzelfälle auch tatsächlich zur Umsetzung kommen. Jetzt zu den Grünen ganz kurz, zur Bedrana. Ja, da ist sinnvoll, Wahlkampfkosten-Obergrenze halte ich für sehr sinnvoll. Denken wir nur an das Beispiel in Kärnten. Kärnten hat es beim letzten Landtagswahlkampf zustandegebracht, dass die Wahlkampfobergrenze von 580.000 Euro von allen im Landtag vertretenen Parteien oder wahlwerbenden Parteien eingehalten wurde und sie sind sogar noch einen Schritt weiter gegangen. Sie haben die Plakatflut eingedämmt und haben keine Plakate verwendet. Auch die Bevölkerung wurde verschont. Denken wir nur oft an Wildwuchs und auch an Plakate, die dann quasi bei Gehsteigen, ich habe selbst ein Foto bekommen, vom Klubobmannkollegen Dreisiebner am Wahlabend oder bzw. am Wahltag, zu Recht, muss ich sagen, aber denken wir auch über solche Sachen nach, ob wir solche Sachen nicht begrenzen, reduzieren, verbessern könnten, aber unterstellen wir nicht immer allen grundsätzlich Intransparenz ...

*Zwischenruf StR. **Riegler**: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen. Du bist schon über der Redezeit.*

**Ehmann**: ... keine Kontrolle oder was weiß ich was. Deshalb können wir dem nicht nähertreten.

**GR. Hötzl**:

Werter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Grundsätzlich ein wichtiges Thema, aber wie mein Vorredner das auch schon gesagt hat, diese Generalunterverdachtstellung, die ihr da den Beamten gegenüber, auch den Parteien gegenüber da unternimmt, finden wir eigentlich sehr abenteuerlich. Niko, du schreibst, die Finanzierungen der Rathausklubs sind somit im Verborgenen. Es ist endlich an der Zeit daher, dass die Rathausklubs einer Kontrolle durch den Stadtrechnungshof sich unterziehen müssen. Für einen Bürger draußen, der das liest, der diesen Einblick nicht hat, welche Kontrollmechanismen es gibt, welche Gemeinderatsbeschlüsse es gibt, welche Einrichtungen es gibt in der Stadt Graz, der würde ja glaube, da herinnen findet nur Korruption statt. Ich glaube auch, dass du dieses Bild zeichnen willst. Weil deine Anträge oft immer in diese Richtung gehen, es ist alles im Verborgenen und im Nebel ...

*Zwischenruf GR **Swatek**: Naja, was ist das denn dann? Das soll transparent sein?*

**Hötzl**: Wir werden geprüft auf mehreren Ebenen.

*Zwischenruf Swatek: unverständlich.*

**Hötzl:** Wenn du eine Frage hast, dann stell sie in der Fragestunde.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Ribo: Geht nicht ein Ja oder Nein?*

**Hötzl:** Ja, dann komm ich gleich zu dir. Du schreibst, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, sichergehen zu können, dass Parteien- und Klubförderungen, die aus Steuermitteln finanziert werden, ob die auch ordnungsgemäß eingesetzt werden.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Ribo: Ja und dazu stehe ich auch.*

**Hötzl:** Werdet ihr nicht von einem Wirtschaftsprüfer geprüft?

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Ribo: Das ist zuwenig.*

**Hötzl:** Das ist zuwenig? Aber genau das wird von dem geprüft. Es sind sogar zwei Wirtschaftsprüfer, das ist noch immer zuwenig?

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Ribo: Jeder soll reinschauen können, jeder Grazer und jede Grazerin.*

**Hötzl:** Das ist halt die linke Politik, jeder soll reinschauen können, nachher können wir alle vernadern, die Aufträge annehmen, die spenden wollen usw. Ok, das nehmen wir zur Kenntnis, das ist diese Vernaderungs- und Schlechtmacherpolitik, die ihr wirklich auf allen Ebenen habt. Genau deshalb wählt euch schon langsam niemand mehr. Genau aus dem Grund.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Ribo: Das werden wir sehen bei der Europawahl.*

**Hötzl:** Europawahl ist ein anderes Thema, da hat es Parteien gegeben, die es sonst nicht gibt. Die Klubförderung unterliegt derzeit keiner effektiven Kontrolle, nur in dieser Art geht das daher. Ich habe mir die Arbeit angetan und der Kollege Egger war so nett und hat mir da auch Informationen weitergegeben. In der Stadt Graz gibt es so einiges, was gemacht wird und nur zu deiner Information, ich bin seit 2008 im Gemeinderat und habe den Klaus Frölich gefragt, der schon seit 2003 im Gemeinderat ist. Wir können uns nicht erinnern, dass es da jemals etwas gegeben hätte. Ein einziges Mal ist es passiert, da hat die SPÖ vergessen, der Michael Ehmman hat einfach einmal vergessen, Rechenschaftsberichte abzugeben, das hat er nachgereicht und das war dann aber auch in Ordnung. Ich kann mich nicht erinnern, dass es da jemals auch nur eine schiefe Optik gegeben hätte diesbezüglich. Es gibt einen Verhaltenskodex der Stadt Graz, der im Gemeinderat beschlossen wurde im Jahr 2010, das war vor deiner Zeit, aber man kann sich auch erkundigen, was es hier gibt. Es gibt ein E-Learning Programm. „Eine Frage der Ethik“, die gerade in aktualisierter Form von den städtischen Mitarbeitern durchgenommen wird. Es gibt das interne Kontrollsystem der Stadt Graz. Der Magistrat hat ein hochmodernes internes Kontrollsystem entwickelt, das als beispielhaft in Österreich bezeichnet werden kann. Es gibt eine Revisionsordnung der Innenrevision...

*Zwischenruf StR. Riegler: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.*

**Hötzl:**

Es gibt hier eine ganze Reihe an Einrichtungen, die genau dafür da sind. Du unterstellst wirklich der gesamten Stadt Graz, dem Haus Graz sozusagen, dass hier alles korrupt ist und die Beamten machen die Augen zu oder kennen sich nicht einmal aus, wie sie das prüfen sollen. Ich finde das eine Ungeheuerlichkeit und genau aus dem Grund werden wir hier nicht zustimmen können.

GR. Mag. **Egger:**

Geschätzte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Weil die Bedrana gesagt hat, jetzt geht's los. Ich muss dich jetzt in Wahrheit enttäuschen, weil in Wahrheit macht mich das betroffen, was jetzt in den letzten Tagen auch immer wieder versucht wird, ob das jetzt der Kontrollausschuss ist oder auch jetzt im Gemeinderat, eine Geschichte zu nutzen, um alle zu kriminalisieren und die Politik in ein schlechtes Licht zu rücken, um einfach daraus parteipolitischen Profit zu schlagen und wenn ich da jetzt lese, die Ereignisse der letzten Wochen zeigen deutlich auf, dann frage ich mich, ob du vielleicht gemeint hast, die Baukostenüberschreitung im Krankenhaus Nord, z.B. in Wien, wo eine rot-grüne Stadtregierung dafür verantwortlich ist, dass 600 Mio. mehr ausgegeben worden sind, oder die Ereignisse der letzten Wochen, wo ein Planungssprecher der Grünen auf einmal die Seiten wechselt und dann bei einem Immobilienmenschen andockt, dass dich das zur Sorge treibt, verstehe ich, weil natürlich die Saubermanngeschichte nicht aufrecht erhalten werden kann und da versucht man in Pilz-Manier, dort die Dinge zu skandalisieren und weiterzutreiben und ein paar Dinge dort einzubringen.

*Zwischenrufe unverständlich.*

**Egger:** Du kannst dich zu Wort melden, wenn du dich aufregst, es bringt nur nichts, ihr kommt aus der Kiste nicht mehr heraus. Das viele Dinge der Niko nicht kennt, sind mir bewusst, er ist noch nicht so lange da, noch nicht so lange in der Politik. Ich kann dir die Unterlagen zur Verfügung stellen, dann kannst einmal nachlesen, was es alles gibt und was schon geleistet wird, dementsprechend auch dir die Dinge noch einmal zu Gemüte führen, dass du jedes Mal bei einer Gemeinderatssitzung daherkommst und irgendetwas versuchst schlechzumachen und irgendetwas versuchst, ins schlechte Licht zu rücken. Das halten wir jetzt nervlich mittlerweile schon aus, aber ich sage dir ganz ehrlich, das zipft mich persönlich wirklich an, weil ich es nicht notwendig habe, mich da die ganze Zeit durch den Kakao ziehen zu lassen, nur weil du eine Bühne brauchst, eine kleine Zeitung brauchst oder sonstige öffentliche Geschichten, nur damit du irgendwie auffällst, weil du im Wahlkampf bist. Ich muss ja direkt schmunzeln, wenn du von der Rathausfraktion redest, als Einzelner bist halt keine Fraktion und du hast keinen Klubstatus, daher verstehe ich, dass du viele Dinge nicht kennst. Rede mit der Dani Gmeinbauer oder mit dem Armin Sippel, die können dir ein paar Sachen erzählen, wie sie funktionieren und dann hast es vielleicht leichter, leichter verstanden. Weil hier als Überschrift steht: „Reformpaket für saubere Stadtpolitik.“ Was ist mit sauber gemeint? Dass jeder in der Früh duscht oder wie? In Wahrheit wird dann irgendwann die ganze Diskussion ad absurdum geführt. Ich glaube, wir haben ein Parteiengesetz, das sehr genau regelt, wie die Dinge zu handhaben sind. Wir haben uns als Gemeinderat irgendwann, im Jahr 2017, glaube ich, hat es hier das letzte Mal eine Neuregelung der Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien gegeben. Es gibt, so wie es der Michi Ehmman auch ausgeführt hat, im Sinne der Parteiorganisationen über den Bundesrechnungshof die Notwendigkeiten, dementsprechend seine Parteifinzen offenzulegen. Ich finde es schon sehr beachtlich, dass man Wirtschaftstrehändern nicht traut. Die sind eigentlich auf ihren Berufsstand vereidigt und müssen

dementsprechend abführen und deswegen, es ist wirklich jedes Mal eine echte Gaude, wenn ihr euch da herstellt und versucht, die Welt besser zu machen, den Stadtrechnungshof immer aufzuwerten als Ersatzregierung. Wir haben heute gesehen, es dauert mittlerweile auch vier Jahre, bis Berichte vorgelegt werden. Ich glaube, die Wirtschaftstrehänder müssen jedes Jahr ihre dementsprechenden Vermerke machen und ich glaube, in diesem Sinne sind wir dort gut aufgehoben. Es ist erstens keine Notwendigkeit und schon gar keine Dringlichkeit.

**Riegler:** Nur der guten Ordnung halber, ich habe bei jeden Einzelnen, eine Minute schon überziehen lassen, aber nach einer Minute erinnere ich.

**GR. Dreisiebner** zur Geschäftsordnung:

Ich liebe ja parlamentarische Auseinandersetzungen, wir sollten ...

*Zwischenruf unverständlich.*

**Dreisiebner:**

Ich weiß, Klaus, jetzt bist du ganz nervös und ich weiß auch, warum du nervös bist. Ich liebe parlamentarische Auseinandersetzungen, aber ich versuche doch einen gewissen Stil einzuhalten und zumindest ein wenig abzuwägen, welche Wortwahl man trifft. Weil hier zu sagen, ich ersuche das Wort zu protokollieren, der ehemalige Planungssprecher der Grünen in Wien habe die Seiten gewechselt und bei einem Immobilienmagnaten angedockt. Wo es nur Vorwürfe im Internet gibt bzw. auch keine wie immer geartete Anklage oder gar Verurteilung. Da könnten wir ganz andere Seiten

aufziehen, wenn wir das Spiel anfangen. Aber, wie gesagt, es ist eine angerührte Art und Weise. Ihr seid's betroffen, ich ersuche einfach, das wirklich genau zu protokollieren und ich würde den Kurt Egger bitten, das zurückzunehmen in der Verbalisierung.

**Riegler:**

Jetzt haben wir diese Wortmeldung zur Geschäftsordnung zur Kenntnis genommen, es wird eh protokolliert und nun Frau StR<sup>in</sup> Schwentner.

StR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich möchte nur einen Satz dazu sagen, weil ich finde den Umgang wirklich sehr befremdlich, wenn man über ein Thema redet, das so ernst ist und das im Interesse aller sein sollte, dass wir transparent mit Steuergeldern umgehen und Parteiengelder offenlegen. Dass man so Kolleginnen und Kollegen durch den Kakao zieht, das finde ich äußerst befremdlich. Auch vor dem Hintergrund, dass wir jetzt gerade erst heute in orf.at und überall lesen, dass der Herr Altkanzler Kurz gerade 231.000 Euro ausgegeben hat. Behauptet, es wäre ein ÖVP-Familienfest, aber das er mit Steuergeldern bezahlt hat und deswegen bitte noch einmal, über Transparenz sollte man wertschätzend und offen miteinander reden und das sehr ernst nehmen. Nicht jemanden auf die Art und Weise verunglimpfen. Ich finde es einen unmöglichen Umgang miteinander und ich würde bitten, dass man hier anders miteinander umgeht. Danke.

GR<sup>in</sup> **Ribo:**

Ein sehr emotionales Thema für ein paar Parteien hier, für mich gar nicht so, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich danke euch allen für eure Wortmeldungen.

Es überrascht jetzt nicht, dass mich die Wortmeldung vom Kurt Egger oder vom Kollegen Hötzl jetzt überhaupt nicht überrascht. Aber es ist so, dass mich die Wortmeldung vom Kollegen Ehmann etwas überrascht hat. Erstens möchte ich klarstellen, die Parteiförderung hat weder der Niko oder ich in Frage gestellt. Es geht hier um Kontrolle, ob diese Parteiförderung auch wirklich ordnungsgemäß eingesetzt wird und du hast von Systemen geredet, die wir eh haben und nutzen sollten. Ja, es stimmt, wir haben einen Stadtrechnungshof und wir sollten diesem auch die Möglichkeit geben in unsere Parteien hineinschauen zu können und da ist für mich die Sache wirklich sehr einfach: Wenn ich nichts zu verbergen habe, dann habe ich auch überhaupt kein Problem damit, dass jeder, und da sage ich, wirklich jeder, jeder Grazer und jede Grazerin, auch der Stadtrechnungshof, der Wirtschaftsprüfer, wer auch immer, jederzeit jeder in unsere Bücher hineinschauen kann. Da ist jeder eingeladen, vorbeizukommen und reinzuschauen. Aber wenn ich etwas zu verbergen habe, wenn, ich sage noch einmal, wenn ich etwas zu verbergen habe, dann kommen solche Wortmeldungen wie von der FPÖ und von der ÖVP. Das ist sehr traurig, danke.

StR. **Riegler**: Bevor ich jetzt auch den Herrn Gemeinderat Swatek zum Schlusswort bitte, möchte ich mir schon erlauben anzumerken, dass, Frau Ribo, dass genau dieses „Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten“-Argument ist ein ganz übles, das gerade ihre Gesinnungsgemeinschaft schon oft kritisiert haben wird, denn mit „Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten“- mit dem könnte man auch jeglichen Datenschutz sofort abschaffen. Da können wir sagen, naja, ist ja überhaupt kein Problem, überwachen wir das gesamte Internet, weil wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Ribo**: Dass Sie das jetzt als ÖVPLer sagen, das verstehe ich sehr gut.*

**Riegler:** Ich wäre mit dem „Nichts zu verbergen“-Argument sehr vorsichtig.

**GR. Swatek:**

Herr Riegler, ich schätze Sie sehr, aber Sie dürfen nicht vergessen, dass Sie bei der ÖVP sind, wenn Sie solche Worte von sich geben. Um wieder zur Thematik zu kommen, ich bin etwas überrascht, welche Wortmeldungen hier vorne passieren zu Themen, mit denen man sich scheinbar einfach nicht auseinandersetzt. Der Herr Kollege Egger kommt hier heraus und redet irgendetwas vom Bundesrechnungshof und dass die Finanzen eh so supertoll kontrolliert werden, obwohl er gleichzeitig weiß, dass die Klubförderung von keiner unabhängigen staatlichen Institution geprüft wird und die Frage ist eigentlich, warum schaut man auf der einen Seite bei Parteien genau drauf und bei einer anderen, so wie bei der Stadt Graz, sagen wir, es ist uns wurscht. Das ergibt eigentlich an sich schon keinen Sinn. Denn, und das müssen wir auch ganz klar festhalten, jeder Mensch kann Fehler machen und es kann jedem, jeder hat mal einen schwachen Moment und es kann etwas passieren. Deswegen braucht es klare und strikte Regeln und auch eine Prävention und jetzt möchte ich auch zum Michi Ehmann kommen, der mich heute hier besonders enttäuscht, weil er ist Vorsitzender unseres Kontrollausschusses und lehnt Kontrolle an jeder Stelle sofort ab. Was jetzt niemanden verwundern muss, denn schließlich war es die SPÖ, die die Regel nicht eingehalten hat, wenn es um die Klubförderung in Graz geht und es braucht auch niemanden verwundern, wenn man sich so umschaute, was auf Landesebene los ist. Im Sinne von, wie dort die SPÖ auch versucht hat, im letzten Sommer die Klubförderung des Landtages für Plakate zu verwenden für Herrn Schickhofer, wo man dann erst aufgehört hat, als Experten, gebt es bei Google ein, Schickhofer Sommerplakate, dann habt ihr das bitte. Deswegen braucht es Kontrolle und Präventionsmaßnahmen. Gegen eines verwehre ich mich auch ganz klar, Michi, du gehst hier raus und machst das Antikorruptionstelefon schlecht, weil du sagst, man würde jedem Beamten vorwerfen, dass er korrupt ist. Weißt du wo es das Antikorruptionstelefon gibt? In Wien, und wer

ist in Wien seit Ewigkeiten in der Regierung? Die SPÖ. Das heißt, du machst deine eigene Partei schlecht. Ist dir das nicht wirklich peinlich? Die Frage ist einfach wirklich, warum schaffen wir es hier in diesem Rathaus nicht, uns darauf zu einigen, dass wir uns für Kontrolle und Transparenz einsetzen? Warum schauen wir nicht, dass wir alle unsere Finanzen offenlegen? Dann müssten wir auch nicht darüber diskutieren, im Sinne von, wer nichts zu verstecken hat, braucht auch keine Angst haben. Legen wir es einfach offen, und zeigen wir es, dass wir unsere Finanzen auch haushalten und vor allem weil diese ganze Spendendiskussion hier ist. Es weiß ja niemand, ob die Rathausklubs Spenden erhalten und ihr beantwortet die Frage auch nicht, aber Einnahmen und Ausgaben...

*Zwischenruf unverständlich.*

**Swatek:**

Naja, schau, wenn ihr über Großspender redet, die mit russischen Oligarchen zu tun haben, dann ist es eh lächerlich und entbehrt eh jedem Kommentar eigentlich. Aber schauen wir einfach, dass wir wieder ein wenig uns zusammenreißen und was in Richtung Kontrolle und Antikorruption machen, denn das, was wir derzeit machen, ist leider einfach zuwenig.

**GR. Ehmman** zur tatsächlichen Berichtigung:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich erspare mir jetzt die Floskeln, aber Punkt ist schon, ich möchte hier wirklich eine tatsächliche Berichtigung machen. Denn ich habe nicht das Antikorruptionstelefon und Arbeit im Sinne der Antikorruption schlecht geredet, sondern ich verwehre mich dagegen, Antikorruptionsarbeitsgruppen einzuberufen oder zu gründen, da es für mich den Anschein hat so quasi, man

unterstellt sowieso der gesamten Verwaltung hier, in Korruptionsverdacht zu geraten, deshalb braucht man jetzt so eine Arbeitsgruppe, die das löst. Warum sollen Beamtinnen und Beamte für das geradestehen, was vereinzelt Mandatarinnen und Mandatare aufführen? Dafür sollen Beamtinnen und Beamte nicht geradestehen. Das zum einen und zum anderen noch eine Ergänzung: ganz kurz, unabhängige Stellen. Wenn ich vereidigte Wirtschaftsprüfer und –prüferinnen unterstelle, dass sie nicht in der Lage sind, ein Attest dazu erstellen, das eine ordnungsgemäße Verwendung der Mittel zusichert, dann, sei mir nicht böse, wo sind wir dann daheim? Wir leben schon noch in einer geordneten Republik. Das Letzte, ich glaube, und das traue ich mich wirklich hier felsenfest zu behaupten und nicht nur zu behaupten, sondern das weiß ich auch und das lebe ich auch, ich glaube, meine Arbeit im Kontrollausschuss nehme ich sehr ernst und sehr wahr und das war heute nur eine Haltung zu den Themen, wie ihr damit umgeht und wie ihr das hier einbringt und wie ihr das hier behandeln wollt und deshalb wollte ich mich noch einmal melden und das wollte ich geradestellen. Danke.

**Riegler:** Das war jetzt noch die Fehlerberichtigung und jetzt schreiten wir hiermit zur Abstimmung.

***Die Dringlichkeit des Antrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.***

***Die Dringlichkeit des Antrages der Neos wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.***

**9.7 Pedi-Bus statt Elterntaxi  
(GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ)**

**Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne. Ich glaube, wir können jetzt ganz kurz durchatmen, die Emotionen runterkommen lassen, denn ich stelle jetzt einen Antrag vor, bei dem eigentlich niemand wirklich dagegen sein kann, weil wir alle dabei gewinnen könnten. Denn wer in der Früh an Grazer Schulen vorbeikommt, der kennt den Anblick, dass da reihenweise Autos, auch genannt Elterntaxis quasi vor der Schule stehen und ihre Kinder am liebsten mit dem Auto ins Klassenzimmer führen würden. Das macht erstens eine extreme verkehrstechnische Belastung aus und aus verkehrspädagogischer Sicht auch absolut keinen Sinn. Der Grund dafür ist aber sehr wohl nachvollziehbar. Denn Eltern wollen, dass ihre Kinder sicher in die Schule kommen. Aber wenn es eine Möglichkeit geben würde, in Graz auch quasi diese Sicherheit zu gewährleisten und aber das Klima zu schonen und Kindern auch noch einen Zugang zu sicherer Mobilität zu geben, dann wäre das z.B. unsere Idee mit dem Pedi Bus. Diese Idee stammt aus der heute schon erwähnten, von Kurt Hohensinner, Initiative in Gösting, „KindERleben in Graz“ und hat sich das Ziel gesetzt, Graz und vor allem Gösting zum kinderfreundlichsten Bezirk und die kinderfreundlichste Stadt zu machen. Die Lösung ist eigentlich ganz einfach, man hätte draufkommen können, man geht einfach zu Fuß. Aber Kinder gehen nicht allein zu Fuß, sondern Kinder gehen mit anderen Kindern zu Fuß und werden dabei in den ersten Wochen der Schule im Herbst von ExekutivbeamtInnen begleitet, um die Sicherheit zu wahren. An vereinbarten Haltestellen können Kinder zusteigen, und diese Idee ist in Tirol bereits Realität. Dort wird sie vom Land Tirol und vom Klimabündnis unterstützt und wie gesagt, das ist ein Projekt, bei dem wir alle eigentlich nur gewinnen können. Kinder weil sie mit anderen Kindern zur Schule gehen, Eltern, weil sie wissen, dass ihre Kinder sicher in die Schule kommen und lernen, wie sie zu Fuß in die Schule gelangen und quasi wir alle, weil wir das Klima ein Stück weit schonen und den morgendlichen Frühverkehr um den Faktor Elterntaxi verringern könnten. Gösting hat mit dieser Initiative auch schon einige engagierte Eltern für dieses Projekt gewinnen können und deswegen könnte hier z.B. ein tolles Pilotprojekt starten. Deshalb stelle ich im Namen der sozialdemokratischen GR-Fraktion den

**dringlichen Antrag:**

- 1) Der Gemeinderat bekennt sich zu einem sicheren und klimaschonenden Schulweg für unser SchülerInnen mittels „Pedi-Bus“
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit so ein „Pedi-Bus“ bis zum Schulstart 2019 eingerichtet werden kann.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Wer in der Nähe von Grazer Schulen wohnt oder in der Früh an ihnen vorbeikommt, kennt den Anblick. Reihenweise stehen dort die Autos aufgefädelt, wenn Eltern ihre Kinder in die Schule bringen. Das stellt einerseits eine enorme verkehrstechnische Belastung dar und macht vor allem aus verkehrspädagogischer Sicht keinen Sinn. Der Grund dafür ist allerdings absolut nachvollziehbar. Eltern wollen, dass ihre Kinder sicher in die Schule kommen. Wir alle wollen die Sicherheit der Kinder garantieren. Was aber, wenn es eine Möglichkeit gäbe, diese Sicherheit zu gewährleisten, gleichzeitig noch das Klima zu schonen und das soziale Gefüge zwischen den SchülerInnen zu stärken? Diese Möglichkeit gibt es mit dem Pedi-Bus.*

*Diese Idee stammt aus der Göstinger Initiative „KindERleben in Graz“, welche sich zum Ziel gesetzt hat Gösting zum kinderfreundlichsten Bezirk zu machen. Es ist eigentlich ganz einfach: einfach zu Fuß gehen. Aber die Kinder von der ersten bis zur vierten Schulstufe sollen den Schulweg nicht alleine zurücklegen, sondern sollen gemeinsam mit anderen Kindern und begleitet von ExekutivbeamtInnen zur Schule gebracht werden. An vereinbarten „Haltestellen“ in der Wohnumgebung können die Kinder „zusteigen“.*

*Diese Idee ist in Tirol bereits Realität und wird dort vom Land Tirol und dem Klimabündnis Tirol unterstützt. Denn bei diesem Projekt gewinnen alle. Kinder, die mit anderen Kindern zur Schule gehen. Eltern, die wissen, dass ihre Kinder sicher zur Schule*

*gebracht werden. Und wir alle, weil wir so das Klima ein Stück weit schützen und der morgendliche Frühverkehr um den Faktor „Elterntaxi“ verringert wird.*

*Da in Gösting bereits viele interessierte und engagierte Eltern für diese Idee gewonnen wurden, könnte der Pedi-Bus hier als Pilotprojekt gestartet werden.*

*Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den*

***dringlichen Antrag:***

- 1) Der Gemeinderat bekennt sich zu einem sicheren und klimaschonenden Schulweg für unser SchülerInnen mittels „Pedi-Bus“.*
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit so ein „Pedi-Bus“ bis zum Schulstart 2019 eingerichtet werden kann.*

**StR<sup>in</sup> Schwentner:**

Ich kann den Antrag sehr gut nachvollziehen, liebe Anna Robosch, weil zum einen kenne ich diese Situation aus meiner eigenen Wohngegend, wo in der Früh alles verparkt ist von Elterntaxis und zum anderen ist es wirklich ein Thema, dass Kinder, und ich verstehe die Sorge von Eltern, dass die einfach wollen, dass ihre Kinder sicher in die Schule kommen, aber zum anderen geht dadurch auch ein Stück Freiraum für die Kinder verloren, die diesen Schulweg nicht mehr kennen und sie nicht mehr lernen, sich in der Stadt allein zurechtzufinden und allein ihre Wege zu finden. Insofern ist es ein sehr förderwürdiges Projekt oder eine sehr förderwürdige Idee. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es die auch schon gibt in Graz. Es gibt das Luftibus-Projekt über das Umweltbildungszentrum. Da werden auch Schulen über das Umweltamt gefördert bei diesen Aktivitäten, nämlich Kindern das Zu-Fuß-Gehen wieder lernen und gemeinsam in die Schule zu gehen. Sie lernen dort auch die Verkehrswege, das Verkehrssystem und es sind immer wieder verschiedenste Schulen, die da aktiv

beteiligt sind an diesem Projekt. Derzeit sind es drei, es gibt in Graz aber schon mittlerweile 12 Luftibus-ausgezeichnete Schulen. Das heißt, es ist schon etwas Etabliertes in Graz. Ich sehe aber die Dringlichkeit schon, da noch mehr zu tun und ich würde das auch befürworten. Es wird nur dann irgendwann einmal das Budget des Umweltamtes enden oder endet dann irgendwann einmal und es betrifft auch andere Ressorts und ich würde mir sehr wünschen, dass wir diesbezüglich mit der zuständigen Verkehrsreferentin, aber auch mit den Schulen, Bildungsreferenten Hohensinner gemeinsam an einen Tisch setzen und schauen, wie man das fördern kann, wie man Elterntaxis reduziert und Kinder zum gemeinsamen Schule Gehen motivieren kann, weil ich es für eine sehr wichtige Aktion hielte.

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Liebe Anna, ich kann gleich vorweg sagen, wir werden die Initiative unterstützen und zustimmen. Die Idee ist aber nicht neu. Mein Kollege, der Christian, hat das schon 2011 eingebracht und es hat auch einen Bezirksvorsteher in Andritz gegeben, der das in der Praxis auch schon durchgeführt hat in einer Schule. Natürlich ist dieses Projekt auch nicht unserem Verkehrsplanungsamt fremd und ich möchte das an dieser Stelle wirklich einmal hervorheben, dass die Frau Daniela Hörzer, die meisten, die schon länger hier im Haus sind, kennen sie, die wirklich vorbildlich mit 29 Schulen in Graz im Pflichtschulbereich schulische Mobilitätsprojekte durchführt und auch Schulwegpläne, wo fast 3.000 Kinder daran teilnehmen. Genau in diesem Sinn das, was du meinst. Ich kann mir das jetzt sparen, weil die liebe Judith das schon angesprochen hat, mit dem Luftibus. Davon sind wir eigentlich, aber vor allem die PädagogInnen, und darum geht es ja, sehr überzeugt davon, dass es langfristig das Qualitätssicherndere ist. Ich habe, weil mich das interessiert hat, warum das in den Katalog des Pedi-Bus von den Schulen eigentlich nicht von selbst angenommen wird, weil wir würden es auch anbieten und finanzieren und wenden eigentlich sehr viele Mittel auf im Verkehrsplanungsamt für die schulische Qualitätssicherung und Maßnahmen und es ist ein Riesen-Katalog, wo in erster Linie aber die PädagogInnen mit den Eltern und mit den SchülerInnen die

Aktionen und die Projekte für sich auswählen. Wir schreiben ihnen das nicht vor. Aber wir können das in Gösting probieren, wenn die meinen, die anderen Aktionen oder dieser Katalog an Projekten ist für sie nicht mehr tauglich, dann kann man das auch mit dem Pedi-Bus probieren. Bisher ist es eigentlich eher nicht so angenommen worden und hat man andere Formen der Schulwegsicherung bevorzugt.

**Riegler:**

Danke, als nächstes zu Wort gemeldet hat sich zur Dringlichkeit Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger. Auf der Galerie darf ich kurz begrüßen Bezirksvorsteherlegende Franz Schwarzl (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren auf der ZuseherInnengalerie. Ich darf namens der ÖVP-Fraktion begründen, warum wir hier die Dringlichkeit ablehnen. Liebe Frau Kollegin, du solltest ein bisschen besser recherchieren. Das als neues Projekt darzustellen, kann man leicht entkräften. Ein Blick ins Internet: Bereits 2010 hat die Wiener Zeitung darüber berichtet, dass dieses Projekt aus der Schweiz stammt. Es stammt nicht aus Gösting, es stammt aus der Schweiz. Wunderbar, man kann gute Ideen aufgreifen und sich wieder damit beschäftigen. Auch in der schönen Stadt Wien, im Bezirk Währing gab es dazu schon Versuche und erst vor kurzem, am 18. März d.J., gab es einen Bericht, dass Eltern ihre Kinder und Nachbarkinder und Freunde ihrer Kinder unter dem Namen Pedi-Bus zur Schule begleiten, was ja auch sinnvoll ist. Warum betone ich Eltern? Liebe Antragstellerin, du möchtest, dass die Kinder von ExekutivbeamtenInnen begleitet werden. Was hat das für einen Sinn? Da ist das Thema verfehlt. Es geht darum, dass Eltern hier initiativ werden. Herr Schulstadtrat Kurt Hohensinner, mit ihm durfte ich darüber sprechen, hat ganz klar, ebenso wie die geschätzte Frau Stadträtinnen Schwentner und Kahr beteuert,

dass er ja sehr wohl auch unterstützt alle Initiativen, die sich mit Schulwegsicherung und mit dem Zu-Fuß-Gehen in die Schule beschäftigen. Ich habe in den letzten Gemeinderatssitzungen fast jedes Mal mich zu Wort gemeldet zum Thema Sicherheit für Fußgänger, sicherer Schulweg. Wir müssen zuerst einmal schauen, dass wir wirklich sichere Schulwege haben, dass die Kinder ungefährdet einen abgesicherten Weg haben von zu Hause zur Schule. Wir müssen mit den Elternvereinen in Kontakt treten, unser Kurt Hohensinner hat das spontan zugesagt, er wird sich in Verbindung setzen mit den Elternvereinen, dass stärker darauf hingewiesen wird, die Kinder sollen zu Fuß in die Schule gehen, die positiven Begründungen brauche ich nicht zu wiederholen, aber es ist Sache der Familien, der Eltern, sich da zusammenzutun und sicher nicht der Exekutivbeamten. Die haben wahrlich etwas anderes zu tun.

**GR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Antragstellerin. Wir meinen auch, dass dieser Antrag nicht dringlich ist. Zum einen deshalb, weil es eben verschiedenste Projekte gibt, aus denen Schulen auswählen können und die Schulen mit Sicherheit mit den Kindern, aber auch mit den Eltern und mit dem Lehrpersonal absprechen werden, welche Initiativen, welche Projekte gut sind. Die eine Sache; die andere Sache, wir glauben, dass Eltern das Elterntaxi nicht als einziger Grund die Sicherheit wählen, sondern auch aus dem praktischen Aspekt und warum? Weil wenn man sowieso schon mit dem Auto zur Arbeit fährt, dann nimmt man wahrscheinlich aus zeitsparenden Gründen das Kind gleich mit. Zusätzlich muss man noch sagen, es ist ja nicht mehr ausschließlich üblich, die Kinder in die nächstgelegene Schule zu geben. Sehr oft ist es eben so, dass man für das Kind wirklich die beste Schule aussucht, wo man sich denkt, da ist mein Kind bestmöglich gefördert und diese Schule kann auch in einem anderen Stadtteil oder anderen Bezirk sein und deshalb ist es oft einfach die schnellere Variante, das Kind gleich mitzunehmen. Sicherheit ist natürlich wichtig, aber wir glauben, das ist nicht der einzige Grund, warum die Eltern ihre Kinder selbst in die Schule bringen. Gösting hat sich als kinderfreundlichste Stadt bekannt, der Bezirk

Gösting. Das Projekt gibt es aber im Bezirk Gösting aber nicht. Es wurde, ich weiß nicht, ob du es vielleicht nicht weißt, aber deine Kollegin in Gösting hat dieses Projekt nicht eingebracht, was sie ursprünglich vorhatte, deshalb hat der Bezirksrat Gösting dieses Projekt ja auch nicht genehmigt. Das heißt, es ist nur rein vom Verein KindERleben in Graz initiiert und durch ihre Eltern aber nicht durch den Bezirk Gösting. Auch wir als Stadt Graz haben uns heute einstimmig als kinder- und familienfreundliche Stadt bekannt, dazu stehen wir alle, aber wir sehen dieses Projekt jetzt nicht als dringlich und nicht vorrangig.

**Robosch:**

Zu allererst vielen Dank, Frau Stadträtin Schwentner und Frau Stadträtin Kahr. Es war mir sehr wohl schon bewusst, dass es viele Initiativen in diese Richtung gibt, aber mein Antrag zielt jetzt nicht in die Kerbe, dass es die neueste Idee ist, das habe ich auch in keinem Wort geschrieben oder erwähnt, sondern dass es quasi ein Startschuss dafür sein soll, dass es flächendeckend in Graz so etwas gibt und ich habe mich sehr wohl informiert und wenn die Frau Potzinger oder eine andere Gemeinderätin, Gemeinderat bei der Infoveranstaltung oder bei einer der Infoveranstaltungen dieser Initiative gewesen wäre, dann wüsste sie, dass dort auch die Polizei eingebunden war und eine Polizistin dort gewesen ist und gesagt hat, sie machen sehr wohl jedes Jahr eine Woche lang solche Pedi-Busse quasi, wo sie mit Kindern in die Schule gehen und ihnen erklären, wie man sich am Schulweg sicher verhält. Zu sagen, dass man aus verkehrspädagogischer Sicht keine PolizistInnen nehmen soll, kann ich nicht ganz nachvollziehen, wenn das schon passiert in Graz. Deswegen, natürlich gibt es viele Projekte schon, aber ich hätte mir gedacht, dass auch in Graz dieser Pedi-Bus einen Versuch wert wäre und deswegen danke ich allen, die dem zustimmen und hoffe, dass man die Initiative trotzdem, auch wenn sie keine Mehrheit erlangen könnte, trotzdem verfolgen könnte.

**Potzinger** zur tatsächlichen Berichtigung:

Frau Robosch, ich habe in der Schule lesen gelernt. Das gilt hoffentlich für alle in diesem hohen Hause. Ich lese hier wörtlich, diese Idee stammt aus der Göstinger Initiative KindERleben in Graz. Abstammen tut etwas vom Ursprung. Das heißt, diesem Antrag entnehme ich, das Sie glauben, dass die Göstinger das erfunden hätten und das ist ein Blödsinn, das muss ich Ihnen hier ganz klar sagen und im Übrigen, dass es Verkehrserziehung in der Schule gibt durch Exekutivbeamte ist ganz klar, aber das Projekt Pedi-Bus, wenn Sie studieren, was hier tatsächlich in ganz Europa schon unter diesem Namen passiert, dann ist das vorrangig eine Elterninitiative. Bitte genauer lesen.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen die KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***

#### **9.8 Stadt muss bunte Flagge zeigen (GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ)**

**Robosch:**

Ich wollte danke sagen wegen dem Deutschunterricht. Die Matura ist schon ein wenig her, hat auf jeden Fall gut getan.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Tribüne. Es ist genau 50 Jahre her, dass die Stonewall-Riots in der ganzen Welt eine Bewegung ausgelöst haben, dass homosexuelle Menschen mit mehr Selbstvertrauen für ihre Rechte kämpfen und mit mehr Selbvertrauen sich gegen die Polizeigewalt, damals, aufgelehnt haben. Dieses erste Widersetzen hat schon dazu geführt, dass sich weltweit jedes Jahr zum Christopher Street Day eine Parade formiert, die feierlich und bunt in

ganz Europa und auf der ganzen Welt die gleichen Rechte für die gleiche Liebe einfordert. In Europa haben wir nach 50 Jahren Christopher Street Day-Paraden viel erreicht. Wir haben auch in Österreich viel erreicht. Wir haben endlich die Ehe für alle geöffnet, wir haben endlich auch das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare und wir haben ein Gleichbehandlungsgesetz, die quasi auch vor Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung schützen soll. Dennoch haben wir als Gesellschaft noch sehr viel vor uns, wenn wir daran denken, dass auch in Graz in einer Menschenrechtsstadt immer noch Schülerinnen und Schüler gemobbt werden als schwul, wenn immer noch Teenager auf der Straße landen, wenn sie sich zu Hause als transident outen. Wenn immer noch quasi ein lesbisches Paar beim Wohnungssuchen, bei ihrer ersten Wohnung so tun muss, als wären sie eine WG, damit es sich der Vermieter es sich nicht anders überlegen kann, dann haben wir als Gesellschaft noch viel vor uns. Auch wir als Menschenrechtsstadt haben es bis jetzt noch nicht wirklich geschafft, sich zum Pride-Monat im Juni zu bekennen und dieses Jahr findet aber die europäische Pride, quasi die Europride in Wien statt. Auch eine große Ehre und Bestätigung dafür, dass Österreich endlich durch den Verfassungsgerichtshof die Ehe für alle geöffnet hat, und wir als Menschenrechtsstadt Graz könnten hier Vorbild und Verbündete sein, den Pride-Monat endlich auch einmal zu nutzen und Graz in Regenbogenfarben zu tauchen und stolz auf die Diversität in Graz zu sein.

Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

**dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob

- 1) man anlässlich der Europride diesen Juni den Uhrturm nachts in Regenbogenfarben beleuchten und den Schloßberg mit Regenbogenfahnen ausstatten sowie
- 2) das gemeinnützige und jährlich stattfindende CSD-Parkfest von Parkbenutzungsgebühren befreien könnte.

*Originaltext des dringlichen Antrages:*

*Genau 50 Jahre ist es her, dass sich vor allem Transfrauen in New York City gegen die willkürliche Polizeigewalt auflehnten, die ihr Leben und ihre Freiheit bedrohte. Das erste Widersetzen fand in der Christopher Street statt und zog eine weltweite Bewegung nach sich. Was damals so vehement begann, ist heute eine feierliche bunte Parade über ganz Europa und auch in Graz. Dieses Jahr ist dennoch ein besonderes Jahr, denn dieses Regenbogenjahr findet die Europride, die größte europäische LGBTIQ-Parade, in Österreich statt.*

*Das ist eine große Ehre und Bestätigung für Österreich, nachdem der Verfassungsgerichtshof endlich die Ehe für Alle geöffnet hat. Dennoch haben wir als Gesellschaft noch einen langen Weg bis zur völligen Gleichstellung vor uns. Solange noch immer Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung gekündigt werden, solange Kinder in der Schule als „schwul“ gemobbt werden, solange Teenager auf der Straße landen, wenn sie sich zuhause als trans\*ident outen und solange zwei verliebte Menschen bei der Suche nach der ersten gemeinsamen Wohnung so tun müssen, als würden sie eine WG gründen, damit der Vermieter keinen Grund haben könnte, es sich anders zu überlegen, solange müssen wir noch Bewusstseinsarbeit leisten.*

*Und vor allem wir als Menschenrechtsstadt Graz könnten hier Vorbild und Verbündete sein. Vorbild, indem wir keinen Pride-Monat mehr auslassen, um Graz in Regenbogenfarben zu tauchen und zu zeigen, dass Graz stolz ist auf Diversität. Und Verbündete, in dem wir gegen jegliche Diskriminierung klar auftreten.*

*Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den*

**dringlichen Antrag:**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob*

- 1) *man anlässlich der Europride diesen Juni den Uhrturm nachts in Regenbogenfarben beleuchten und den Schloßberg mit Regenbogenfahnen ausstatten sowie*
- 2) *das gemeinnützige und jährlich stattfindende CSD-Parkfest von Parkbenutzungsgebühren befreien könnte.*

**StR<sup>in</sup> Schwentner:**

Danke für den schönen und wichtigen Antrag. Ich würde auch in diesem Fall sagen, dass es dringlich ist. Vor allem auch deswegen, weil der Christopher Street Day heuer näher rückt und auch das Fest. Ich wollte zum einen darauf hinweisen, dass zumindest auf Grüne Initiative schon seit Generationen von StadträtInnen auch des Grünen Gemeinderatsklubs vor dem Rathaus eine Fahne gehisst wird und möchte dazu auch herzlich einladen, am 21. um 10 Uhr können wir das gemeinsam da vorne tun.

Nichtsdestotrotz, und du hast es sehr schön beschrieben, ist die sexuelle Orientierung von Menschen leider immer noch ein Thema und führt zu Benachteiligung von vielen in den verschiedensten Bereichen. Dass es die Europride gibt und besonders darauf hingewiesen wird, heuer ist ein guter Anlass, das auch noch größer in Graz zu machen. In Wien wurde gerade ein riesiger Zebrastrifen in die Regenbogenfarben getaucht, um das auch zu betonen den Anlass. Ich würde es schön finden, würde die Stadt Graz das unterstützen, die Beflaggung, und müssten wir das nicht selbst machen aus dem Gemeinderatsklub oder aus dem StadträtInnenressort und wir uns gemeinsam kommiten. Manche haben offensichtlich ein Problem damit, vielleicht könnten sie noch kurz zuhören und bei dem Anlass möchte ich auch sagen, ich heiße Schwentner und nicht Gschwentner.

Zum anderen, der zweite Punkt, nämlich das Fest, es ist auch mir bewusst, weil der Jo Niedermeier auch bei uns war und das ja auch vom Ressort für Frauen und Gleichstellung gefördert wird, dass die Sachen immer teurer werden und das Fest auch immer unleistbarer und ich würde es auch befürworten, dass man sich das ansieht, ob nicht die Parkbenutzungsbefreiung funktionieren könnte, damit man das erleichtert

den Organisatoren, das Fest auch entsprechend durchzuführen. Insofern meine Unterstützung wäre da.

**GR<sup>in</sup> Kopera:**

Nach 8 Jahren bin ich erst draufgekommen, dass es hier am Rednerpult ein Stockerl gibt (*Appl.*).

Sehr geehrte Gäste auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Stadt Graz als Menschenrechtsstadt und so auch die Grazer ÖVP bekennt sich zu Gleichbehandlung aller Menschen und gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Hautfarbe, der Herkunft, der Religion und der sexuellen Orientierung. Österreich ist heuer, wie schon gehört, der Austragungsort für die Europride und es finden vor allem in Wien, aber auch im ganzen Land, Veranstaltungen dazu statt. Interessant ist, dass der Verein Hosi das organisiert und die Junge ÖVP Wien hat sich dafür angemeldet, wollte teilnehmen und diese Teilnahme wurde ihnen verwehrt, was sehr erstaunlich ist, wenn junge Menschen sich zur Gleichbehandlung bekennen. Wir stimmen diesem Antrag aus dem Grund nicht zu, weil unser Herr Bürgermeister die regenbogenfärbige Beleuchtung für den 15. Juni, den Christopher Street Day, dem Tag der Regenbogenparade, bereits angeordnet hat und der Uhrturm in Regenbogenfarben schillern wird.

**Robosch:**

Es war zwar heute sehr lustig, finde ich, aber ich glaube, dass man manchmal auch bei dringlichen Anträgen sachlicher sein könnte und auch sachlicher begründen könnte. Denn ich kann sachlich den Zusammenhang nicht verstehen zwischen, der Bürgermeister macht genau das, was der erste Punkt in meinem Antrag ist und

deswegen können wir nicht zustimmen. Diesen Zusammenhang kann ich nicht verstehen.

*Unverständliche Zwischenrufe.*

**Robosch:**

Dann wäre es ehrlicher, herauszukommen und zu sagen, ok, wir machen es, aber wir wollen nicht das CSD-Parkfest unterstützen, das sehr wohl finanzielle Probleme auch durch eure Politik hat, weil ihr habt diese Parkbenutzungsgebühren eingeführt (Appl.). Einmal im Jahr zu sagen, ok, wir machen das und dann trotzdem dem inhaltlichen Antrag nicht zuzustimmen, einfach nur, weil man sich inszenieren will, das kann ich einfach nicht nachvollziehen. Ich kann auch nicht nachvollziehen, wie man als Stadt Graz es sich nehmen lässt, einmal im Jahr ein paar Fahnen aufzuhängen als Menschenrechtsstadt. Das ist wirklich nicht viel verlangt.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Der ganze Uhrturm ist beleuchtet.*

**Robosch:**

Aber keine Fahnen, die da bleiben würden. Noch einmal, der Punkt ist halt, ihr versucht euch mit diesen fadenscheinigen Inszenierung zu retten, aber es funktioniert nicht. Weil ihr unterstützt weder das CSD-Parkfest und ihr unterstützt auch nicht die Beflaggung vom Schloßberg. Ich verstehe nicht, wo jetzt eure große Initiative in diesem Bereich ist.

*Zwischenruf unverständlich.*

**Robosch:**

An einem Tag, wow. Ich glaube, das ist nicht zufriedenstellend, zumindest aus meiner Sicht und weil es da gesagt wurde, die Hosi hat die JVP-Wien ausgeschlossen. Es gab jedes Jahr Bemühungen, die ÖVP einzubinden. Es gab jedes Jahr Bemühungen, auch in Graz die ÖVP zur Parade und zum CSD-Fest zu bringen und letztes Jahr, so glaube ich, war das erste Jahr, wo es auch Günter Riegler geschafft hat, dorthin zu kommen. Letztes Jahr war auch das erste Jahr, wo die Katholische Kirche eine Vertreterin geschickt hat. Zu sagen, dass Sie die Schwulen- und Lesbencommunity sich nicht um eine breite Kommunikation und um eine breite Einladung bemüht, ist ein bisschen weit hergeholt. Aber danke an die Frau Schwentner für die Unterstützung. Ich komme natürlich am 21., bin wie jedes Jahr dabei.

**StR. Riegler:**

Jetzt muss ich auch noch kurz noch berichtigen. Es ist nicht wahr, dass das Christopher Street Day nicht unterstützt wird. Es wird sehr wohl von mir aus dem Kulturbereich unterstützt. Da gibt es eine Förderung.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) abgelehnt.***

***Ende der öffentlichen Sitzung um 18.50 Uhr.***